

Schriftenreihe
der IHK Würzburg-Schweinfurt
Nr. 35/2013

Basel III – Auswirkungen auf den Mittelstand in Mainfranken aus Sicht von Unternehmen und Banken



Würzburg-Schweinfurt
Mainfranken

- Standortpolitik
- Existenzgründung und Unternehmensförderung
- Aus- und Weiterbildung
- Innovation und Umwelt
- International
- Recht und Steuern

Basel III – Auswirkungen auf den Mittelstand in Mainfranken aus Sicht von Unternehmen und Banken

von
Dr. Sascha Genders

Würzburg, im Oktober 2013

Basel III – Auswirkungen auf den Mittelstand in Mainfranken aus Sicht von Unternehmen und Banken
Schriftenreihe der IHK Würzburg-Schweinfurt

Nr. 35/2013

ISBN 978-3-943920-07-9

Mit Unterstützung von Arlit Glasberger (Statistik)

© Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier oder elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung des Herausgebers. Alle Angaben wurden mit größter Sorgfalt erarbeitet und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts sowie für zwischenzeitliche Änderungen übernimmt die IHK keine Gewähr. Diese Publikation ist gedruckt auf einem FSC-zertifizierten Naturpapier. Das FSC-Zertifikat steht für eine Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Herkünften.



Inhalt

I.	Einleitung	7
II.	Der Weg zu Basel III	9
III.	Regelwerk Basel III – Inhalte und Zielsetzung	11
IV.	Die Auswirkungen von Basel III – Theorie	17
V.	Die Auswirkungen von Basel III – Analyse der Erwartungshaltung von Real- und Finanzwirtschaft ...	23
	1. Zielsetzung und Struktur der Umfrage	23
	2. Auswertung der Unternehmensbefragung	24
	2.1 Themenbereich „Investitionen und Finanzierung“	25
	2.2 Themenbereich „Basel III“	33
	3. Auswertung der Bankenbefragung	36
	4. Zusammenfassung der Umfrageergebnisse	39
VI.	Handlungsempfehlungen für mittelständische Unternehmen	43
VII.	Leistungsangebote der IHK Würzburg-Schweinfurt	45
VIII.	Anhang	47
	1. Fragebogen zur Unternehmensbefragung	47
	2. Fragebogen zur Bankenbefragung	53
IX.	Literaturverzeichnis	57

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Reformen des Baseler Ausschusses für Banken	11
Abbildung 2: Eigenkapitalanforderungen durch Basel II und Basel III	12
Abbildung 3: Unternehmerische Investitionen der letzten drei Jahre	25
Abbildung 4: Finanzierungsinstrumente der letzten drei Jahre	26
Abbildung 5: Einflussfaktoren der Unternehmensfinanzierung der letzten drei Jahre	27
Abbildung 6: Mittelfristige unternehmerische Investitionspläne	28
Abbildung 7: Finanzierungsinstrumente für mittelfristigen Investitionspläne	29
Abbildung 8: Einflussfaktoren der mittelfristigen Unternehmensfinanzierung	30
Abbildung 9: Veränderungen unternehmerischer Investitionspläne	31
Abbildung 10: Veränderungen vorgesehener Finanzierungsinstrumente für Investitionspläne	32
Abbildung 11: Veränderungen der Einflussfaktoren der Unternehmensfinanzierung	32
Abbildung 12: Erwartete Auswirkungen von Basel III auf die Unternehmensfinanzierung	33
Abbildung 13: Maßnahmen zur Vorbereitung auf Basel III durch Unternehmen	34
Abbildung 14: Unterstützungswünsche der Unternehmen	35
Abbildung 15: Erwartungen der Banken aufgrund der Regulierungsanforderungen für den Finanzsektor	36
Abbildung 16: Erwartungen der Banken zu den Auswirkungen von Basel III auf die Kreditwirtschaft	37
Abbildung 17: Wesentliche Auswirkungen von Basel III auf die Unternehmensfinanzierung aus Sicht der Banken ...	38
Abbildung 18: Bedeutung verschiedener Finanzierungsinstrumente für die Unternehmensfinanzierung aus Sicht der Banken ...	39

I. Einleitung

In den vergangenen fünf Jahren war das politische und wirtschaftspolitische Geschehen in hohem Maße von den Entwicklungen rund um die Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise geprägt, die ihren vermeintlichen Auslöser in den Geschäftspraktiken einzelner Banken und Kreditinstitute hatten. Wenngleich diese Schlussfolgerung der tatsächlichen Ursache nicht gerecht wird (vgl. Schrooten [2013, S. 348]), kam es in den letzten Jahren zu einer Reihe von politischen Entscheidungen, die insbesondere ein strengeres Regelwerk und Korsett für die internationalen Kapitalmärkte sowie die dort maßgeblich aktiven Akteure – Banken und Kreditinstitute – vorsah. Nachdem lange Zeit die Idee der Deregulierung in Europa und weltweit als Garant für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand angesehen wurde, befindet sich die Welt seither in einer Phase zunehmender Regulierung.

Eine von den zunehmenden Regulierungsbestrebungen betroffene Branche ist das Bank- und Kreditwesen, herrührend aus den Entwicklungen der jüngsten Finanzkrise: In der ersten Phase zu Beginn der Krise hatten Bankinstitute damit zu kämpfen, dass Vermögenswerte von Banken rasant an Wert verloren. Die Institute gerieten in Schieflagen und mussten durch Staaten und Notenbanken gerettet werden. Ergänzend setzte eine Vertrauenskrise auf den Finanzmärkten ein. In einer zweiten Phase führten Investitionen in Staatspapiere von Ländern, die zunehmend in den Fokus der Finanzmärkte rückten und teilweise hohe Verschuldungen aufwiesen – zum Teil hervorgerufen durch die Unterstützungsmaßnahmen der ersten Phase der Finanzkrise – zu einer zweiten Belastungsprobe für Banken (vgl. Paul und Paul [2013, S. 384 f.]). Seitdem stellt sich zur Lösung bestehender Unsicherheiten und zur Vermeidung zukünftiger Krisen die Frage nach einer umfassenderen Regulierung der Finanzmärkte, eine Abkehr vom Trend der zurückliegenden Jahrzehnte. Neben Fragen wie der Haftung von Eigentümern und Kapitalgebern von Kreditinstituten, der Bildung von Notfallplänen für Banken und möglichen Abwicklungen sowie einer nationalen und internationalen Bankenaufsicht ist Basel III ein wesentlicher Bestandteil dieser Finanzmarktregulierung (vgl. Paul und Paul [2013, S. 386]).

Ziel von Basel III ist es, Fehlentwicklungen der Finanzsysteme, wie sie in der Vergangenheit auftraten, in Zukunft zu vermeiden. Damit einhergehend erhoffen sich die Entscheidungsträger Stabilisierungseffekte und gesamtwirtschaft-

lich positive Auswirkungen für das Banksystem. Banken spielen als Intermediäre zwischen Kapitalgebern und Kapitalsuchern eine essentielle Rolle für die Funktionsfähigkeit des Wirtschaftssystems, die es zu wahren gilt. Offen diskutiert wird, neben den Folgen der zunehmenden Regulierungsmaßnahmen für Finanz- und Kreditwirtschaft, die Auswirkung selbiger Vorhaben auf die Realwirtschaft. Die einen befürchten durch das strengere Reglement eine Kreditklemme mit entsprechend negativen Folgen für unternehmerisches Investitionsverhalten; andere wiederum halten derartige Befürchtungen für unbegründet.

Die IHK Würzburg-Schweinfurt hat Unternehmen sowie Banken und Kreditinstitute in Mainfranken zu ihren Einschätzungen zu Basel III befragt, hierbei insbesondere mögliche Erwartungen zu den Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung in den Fokus gerückt.

Nachdem zunächst die Historie auf dem Weg hin zu Basel III aufgezeigt wird sowie das Regelwerk selbst, werden in Kapitel V die Befragungsergebnisse vorgestellt. Es zeigen sich Überschneidungen hinsichtlich der Erwartungen von Banken und Unternehmen über die zukünftige Unternehmensfinanzierung sowie zu den Folgen von Basel III. Letztlich gilt, dass es sich bei den Ausführungen um Erwartungen und Annahmen über zukünftige Entwicklungen handelt, die niemand final vorherzusehen vermag. Fakt ist aber: Es gibt Unsicherheiten und Fragen, die zu beantworten sind, um nicht zuletzt Planungssicherheiten für unternehmerisches Engagement von Unternehmen und Banken zu sichern. Umso wichtiger ist es, sich zeitnah mit diesen Erwartungen auseinanderzusetzen und mögliche Szenarien für die eigene Entscheidungsfindung durchzuspielen¹.

¹ Die nachfolgenden Ausführungen beinhalten keinen Forderungskatalog der Wirtschaft, sie gehen nicht auf mögliche Verbesserungsvorschläge der Regulierungsmaßnahmen ein. Eine Wertung der Regelungen rund um Basel III erfolgt nicht. Ziel ist es ausschließlich, die Erwartungshaltung mutmaßlicher von Basel III betroffener Akteure zu vergegenwärtigen.

II. Der Weg zu Basel III

Das Regelwerk Basel III baut in seinen Bestandteilen auf Basel I und Basel II auf und ist das Ergebnis von Änderungsnotwendigkeiten der zeitlich vorhergehenden Regelwerke, hervorgerufen durch Fehlentwicklungen im Banken- und Finanzsystem sowie äußere Einflussfaktoren mit negativen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen. Die Entwicklung hin zum Regelwerk Basel III stellt sich wie folgt dar (vgl. Bankenverband, DIHK [2013, S. 6 ff.], Bankenverband, DIHK [2011, S. 5 ff.], Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht [2010, S. 2 ff.], Sachverständigenrat [2012, S.160 ff.]):

Basel I verfolgte 1988 das Ziel, eine ausreichende Eigenkapitalausstattung der Banken zu gewährleisten und einheitliche Rahmenbedingungen für den Wettbewerb der Banken zu schaffen. Das Regelwerk entstammt dem Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, der 1974 von den G10-Staaten ins Leben gerufen wurde und ansässig ist bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Der Ausschuss setzt sich aus Vertretern der Zentralbanken sowie nationalen Aufsichtsbehörden zusammen. Seit 2009 gehören dem Gremium insgesamt 27 Staaten an, neben den G20 insbesondere Hongkong, Singapur und die Schweiz. Aufgabe des Ausschusses ist die Erarbeitung von übergreifenden Regelungen zur Bankenaufsicht, wenngleich seine Beschlüsse nicht zwingend sind, sondern um Wirkung zu entfalten in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Basel I setzte dahingehend international einheitliche Standards, dass Banken eine Mindesteigenkapitalquote von 8 Prozent für vergebene Kredite halten mussten. Hierdurch sollte sichergestellt werden, dass Kreditinstitute über ausreichend eigene Mittel verfügen, um etwaige Verluste in Krisensituationen kompensieren zu können.

Basel II setzte Anfang 2004 an der bis dato im Regelwerk von Basel I bestehenden einheitlichen Gewichtung von Risiken nach definierten Gläubigergruppen an. Das Ausfallrisiko des Kreditnehmers war bislang irrelevant für die Eigenkapitalhinterlegung der Banken. Musste nach Basel I unabhängig von der Bonität, je nach Gruppe von Kreditnehmer, einheitlich Eigenkapital hinterlegt werden, diente Basel II dazu, unterschiedliche Risiken differenziert zu gewichten. Je besser das Rating eines Kreditnehmers, je besser seine Bonität, desto geringer die Höhe des vorzuhaltenden Eigenkapitals. Basel II sah ferner aufsichtsrechtliche Prüfungsverfahren und Offenlegungsvorschriften vor. Basel II ist geltendes Recht in der gesamten EU.

Mit der Finanzkrise, beginnend im Jahre 2008, wurden Schwachstellen im bestehenden Reglement deutlich. Vereinzelt konnten nur dank Hilfen von Staaten und Notenbanken ihre Geschäftstätigkeit fortsetzen. Mit Basel III erhofft man erkannte Defizite im bestehenden Regelwerk, die für Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht werden, zukünftig zu vermeiden. Basel III stellt einen wichtigen Schritt in den Regulierungsbemühungen seit Beginn der jüngsten Krise dar, neben einer Vielzahl weiterer Regelungen wie zum Beispiel Solvency II, EMIR, Fata, SEPA, Finanztransaktionssteuer, MiFID/MiFIR und weitere, die seither zunehmend Geltung erlangten beziehungsweise zukünftig Wirkung entfalten.

Im Herbst 2009 wurde der Baseler Ausschuss beauftragt, neue Maßstäbe für die weltweite Bankenregulierung zu erarbeiten. Ende 2010 lagen die Ergebnisse vor, die es von den Staaten weltweit in Recht umzusetzen galt. Die Europäische Kommission hat unter Bezugnahme auf diese Vorgaben die Richtlinie Capital-Requirements-Directive-IV (CRD IV) sowie die Verordnung Capital-Requirements-Regulation (CRR) vorgelegt. Das europäische Gesetzespaket wurde im April 2013 durch das Europäische Parlament verabschiedet. Ziel ist es, durch ein einheitliches Regelwerk eine höhere Stabilität des Banken- und Finanzsystems in umfassender Art und Weise zu gewährleisten. Das Inkrafttreten des Regelwerks Basel III in Europa ist für den 1. Januar 2014 geplant.

Ergänzend wurden bis zu 100 technische Regulierungsstandards, technische Standards zur Verfahrensdurchführung oder Leitlinien erlassen. Durch die Verordnung CRR werden die Regelungen größtenteils zu unmittelbar geltendem Recht in den Mitgliedstaaten. Nationale Regelungen müssen um nicht kompatible Regelungen bereinigt werden, in Deutschland sind beispielsweise das Kreditwesengesetz, die Solvabilitätsverordnung und die Groß- und Millionenkreditverordnung betroffen. Die CRD IV Richtlinie muss in nationales Recht überführt werden, entsprechende Anpassungen nationaler Gesetze gehen auch hiermit einher.

III. Regelwerk Basel III – Inhalte und Zielsetzung

Basel III baut auf drei Säulen auf: Einer Kapitalreform, einer Liquiditätsreform sowie auf Kriterien, die die Stabilität des Finanzsystems betreffen (vgl. Hall et al. [2011, S. 9]). Abbildung 1 veranschaulicht insbesondere die beiden Bereiche (Eigen-)Kapital sowie Liquidität:

Abbildung 1: Die Reformen des Baseler Ausschusses für Banken

Eigenkapital				Liquidität	
Säule I	Säule II		Säule III		
Eigenkapital	Risiko- erfassung	Begrenzung der Verschuldung	Risiko- management und Aufsicht	Marktdisziplin	Globale Liquiditäts- standards und aufsichtliche Überwachung
Qualität und Höhe des Eigenkapitals	Verbriefung	Höchst- verschuldens- grenzen	Zusätzliche Anforderun- gen	Revidierte Offenlegungs- vorschriften	Mindest- liquiditätsquote
Verlustabsorption bei akut gefährdetem Fortbestand	Handelsbuch				Strukturelle Liquiditätsquote
Kapitalerhaltungs- polster	Kontra- hentenrisiko				Grundsätze für eine solide Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos
Antizyklisches Kapitalpolster	Engagements von Banken gegenüber Gegenparteien				Überwachung der Aufsichtsinstanzen

Quelle: BIZ (2013), Eigene Darstellung

Den Bereich „Eigenkapital“ betreffend, steht zum einen das Eigenkapital (im engeren Sinne) selbst, insbesondere dessen Höhe und Qualität im Vordergrund, die Erfassung des Risikos sowie eine Verschuldensobergrenze. Vorgesehen sind weiterhin zusätzliche Anforderungen an das Risikomanagement sowie an die Aufsicht. Drittens soll die Marktdisziplin durch Offenlegungsvorschriften verbessert werden². Für den Bereich „Liquidität“ sind globale Standards sowie eine Überwachung derselben vorgesehen. Hierbei soll eine Mindestliquiditätsquote sicherstellen, dass Banken über hinreichend liquide Vermögenswerte verfügen.

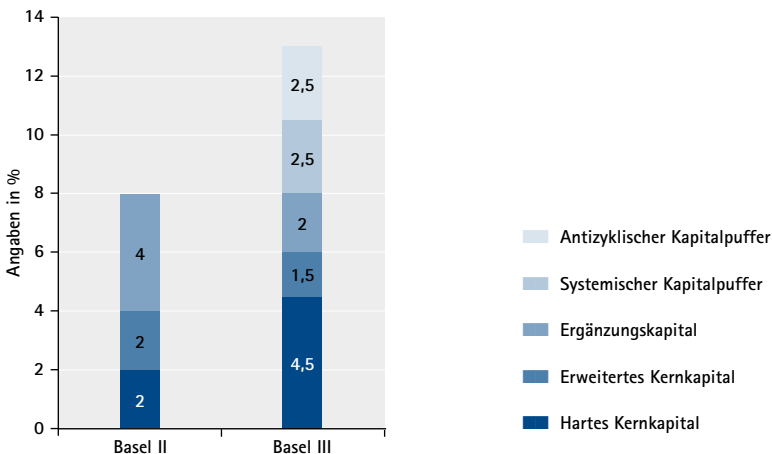
² Auf eine Darstellung der Reformen für SFI (global systemrelevante Finanzinstitute), die über die Basel III-Standards hinausgehen, wird verzichtet.

Eine strukturelle Liquiditätsquote soll ferner Anreize bieten, um stabile Refinanzierungsquellen zu sichern. Aufsichtsinstanzen soll durch einheitliche Indikatoren ermöglicht werden, Entwicklungen einzelner Banken sowie des gesamten Systems beobachten und auswerten zu können.

Im Nachfolgenden werden die Inhalte der Regelungen zu den Bereichen „Eigenkapital im engeren Sinne“, „Verschuldensobergrenze“ sowie die „Liquiditätsstandards“ dargestellt:

Die **Stärkung des Eigenkapitals** der Banken ist ein Kernbestandteil des Regelwerkes von Basel III. Das Beurteilungskriterium ist hierbei die Eigenkapitalquote, das heißt das Verhältnis von Eigenkapital zu bestehenden (risikogewichteten) Vermögenswerten, das bestimmte Schwellenwerte nicht unterschreiten darf. Basel III setzt an drei Stellschrauben an (vgl. Sachverständigenrat [2012, S.161]): Mindestquoten, Qualität des haftenden Eigenkapitals, zu verwendende Risikogewichte. Die Idee ist, dass Banken durch mehr und „besseres“ Eigenkapital besser ausgestattet sind, um Verluste aus laufenden Geschäften ausgleichen zu können oder um Gläubiger befriedigen zu können. Ferner können Verlustrisiken aus bestimmten Geschäften begrenzt werden (vgl. Deutsche Bundesbank [2011, S. 7]).

Abbildung 2: Eigenkapitalanforderungen durch Basel II und Basel III



Quelle: Eigene Darstellung

Basel II sieht bislang Mindestkapitalanforderungen in Höhe von 8 Prozent vor, hierunter 2 Prozent hartes Kernkapital („Core-Equity-Tier-1“), 2 Prozent zusätzliches Kernkapital („Additional-Tier-1“) sowie 4 Prozent Ergänzungskapital („Tier-2“). Die Kernkapitalquote als Summe aus hartem und weichem (zusätzlichem) Kernkapital liegt bei 4 Prozent, die zum Verlustausgleich bei fortgesetztem Geschäftsbetrieb dient (vgl. Sachverständigenrat [2010, S. 147]). Hartes Kernkapital umfasst insbesondere eingezahltes Kapital sowie die aus versteuerten Gewinnen gebildeten Rücklagen. Kennzeichen des harten Kernkapitals ist, dass es uneingeschränkt und dauerhaft zur Verfügung steht. Weiches Kernkapital sind dem Eigenkapital zuzuordnende Posten, die kein reines bilanzielles Eigenkapital (Grundkapital und Gewinnrücklagen) sind, beispielsweise nachrangige Positionen. Ergänzungskapital umfasst unter anderem Genussrechte und langfristig nachrangige Verbindlichkeiten, die teilweise zum Eigenkapital zählen, aber nicht als Kernkapital betrachtet werden (vgl. Ermschel et al. [2012, S. 135]).

Das harte Kernkapital steigt nach Basel III bis 2019 schrittweise auf 4,5 Prozent. Der Anteil des zu haltenden weichen Kernkapitals sowie des Ergänzungskapitals sinkt auf 1,5 Prozent beziehungsweise 2 Prozent. Insgesamt bleibt somit, zunächst diese drei Eigenkapitalarten betreffend, die Eigenkapitalquote bei 8 Prozent bestehen, wobei es zu einer höheren Gewichtung des harten Kernkapitals um 2,5 Prozentpunkte kommt. Weiches Kernkapital sowie ergänzendes Kapital sinken in der Summe von 6 Prozent auf insgesamt 3,5 Prozent. Die Qualität des zu haltenden Kapitals nimmt zu.

Neu ist mit Basel III, dass mittels eines Kapitalerhaltungspuffers („Capital Conservation Buffer“) aus hartem Kernkapital sowie mittels eines antizyklischen Puffers („Countercyclical Capital Buffer“) zusätzliche Reserven für mögliche Krisensituationen der Banken geschaffen werden. Erstgenannter Puffer sieht vor, dass Banken 2,5 Prozent zusätzliches hartes Kernkapital halten müssen, um Kapitalreserven für Stressphasen zur Verfügung zu haben, innerhalb derer diese dann abgebaut werden können. Der antizyklische Puffer soll prozyklisch übermäßig hohes Kreditwachstum in wirtschaftlich guten Zeiten verhindern, indem die Kreditkosten erhöht werden. Er wird in seiner exakten Höhe durch die nationalen Aufsichtsbehörden, in Deutschland durch die BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht), bestimmt. Vorgesehen ist eine maximale Höhe von 2,5 Prozent.

Darüber hinaus sind Kapitalpuffer für systemische Risiken aus hartem Kernkapital möglich. Ferner sind nationale Kapitalpuffer für global systemrelevante Institute sowie anderweitig systemrelevante Institute möglich.

Insgesamt führen die qualitative Aufwertung durch den zunehmenden Anteil des zu haltenden harten Kernkapitals und die Einführung von Kapitalerhaltungspuffer und antizyklischem Puffer dazu, dass maximal eine Eigenkapitalquote von 13 Prozent möglich ist, hiervon 7 Prozent aus hartem Kernkapital. Qualität und Quantität des zu haltenden Kapitals steigen deutlich an.

Mit Basel III ist die Einführung einer **Verschuldenshöchstquote** vorgesehen („Leverage Ratio“). Der Verschuldensgrad einer Bank soll gedeckelt werden. Viele bisherige Finanz- und Bankkrisen hatten ihren Ursprung in riskanten Kreditvergabepraktiken von Banken und mündeten, zum Beispiel aufgrund der Einbrüche von Vermögenspreisen, negativ in den Bilanzen der Banken und somit in hohen Verschuldensquoten der Banken, mit der Folge erforderlicher Hilfen durch Notenbanken oder Staaten (Reinhart und Rogoff [2009, S. 373]). Durch eine Verschuldensobergrenze soll diesen Entwicklungen entgegengewirkt werden.

Basel III sieht vor, dass die nominelle Summe der Aktiva einer Bank einschließlich außerbilanzieller Positionen maximal das 33,3-fache des Eigenkapitals einer Bank betragen darf. Das Kernkapital einer Bank muss mindestens 3 Prozent des Geschäftsvolumens betragen. Verfügt eine Bank beispielsweise über Kernkapital in Höhe von 10 Millionen Euro entspricht dies bei einer Mindestquote von 3 Prozent einer Bilanzsumme von 330 Millionen Euro, die Verschuldenshöchstgrenze (vereinfacht ausgedrückt durch die Höhe des Fremdkapitals) liegt bei 320 Millionen Euro.

Die exakte Bestimmung der Höhe der Verschuldensobergrenze steht noch aus beziehungsweise es ist noch nicht final entschieden, ob die Verschuldensobergrenze zukünftig verpflichtend gilt. Bis dahin dient sie ausschließlich als Beobachtungsgröße, die es zu veröffentlichen gilt.

Die **Liquidität** ist neben Verschuldenshöchstquote und Eigenkapitalstärkung ein dritter wesentlicher Baustein von Basel III. Ein Ziel von Basel III ist es, Banken mit ausreichender Liquidität auszustatten, damit diese in Stressszenarien auch ohne externe Unterstützung für einen bestimmten Zeitraum mit den verfügba-

ren Mitteln auskommen, um ihr Kerngeschäft zu bewältigen. Insbesondere nach Ende 2008 zeigte sich, dass ein klassischer Weg der Bankenrefinanzierung, der Interbankenmarkt, nahezu zum Erliegen kam, da sich Banken in Folge mangelnden Vertrauens gegenseitig kein Geld mehr liehen (vgl. BMWi [2013, S. 8]). Durch eine verbesserte Liquiditätslage der Banken soll diese Abhängigkeit vom Interbankenmarkt vermindert werden (vgl. Bankenverband, DIHK [2013, S. 3]).

Geplant sind zwei Kennziffern als Kontrollmechanismen zur Verbesserung der Liquidität: Mindestliquiditätsquote und strukturelle Liquiditätsquote (vgl. Baseler Ausschuss [2010, S. 9 ff.]):

Mit der Mindestliquiditätsquote („Liquidity Coverage Ratio“/LCR) soll für einen Zeitraum von 30 Tagen entsprechende Liquidität sichergestellt werden, damit die Zahlungsfähigkeit gewahrt bleibt. Banken sollten demnach 30 Tage ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen können, ohne auf externe Hilfe angewiesen zu sein. Die LCR setzt liquide Aktiva der Bank in Beziehung zum Nettoabfluss der kommenden 30 Tage. Als erstklassig und liquide gelten Aktiva dann, wenn sie ohne Verzug und großen Wertverlust in Barmittel umgewandelt werden können. Dies sind zum Beispiel Barmittel, Guthaben bei den Zentralbanken, Forderungen gegenüber Staaten oder am Markt gehandelte Wertpapiere. Die LCR soll eine Mindestquote von final 100 Prozent abbilden.

Mit der strukturellen Liquiditätsquote („Net Stable Funding Ratio“/NSFR) soll über den Zeitraum eines Jahres ein Mindestbetrag an stabilen Refinanzierungsquellen für illiquide Aktiva der Banken gesichert werden. Banken sollen dauerhaft zahlungsfähig sein und langfristige Engagements nicht dauerhaft kurzfristig refinanzieren. Die NSFR setzt den verfügbaren Betrag einer Bank für stabile Refinanzierung ins Verhältnis zum erforderlichen Betrag für eine stabile Refinanzierung in den kommenden 12 Monaten. Als verfügbarer Betrag gelten neben Eigenkapital beispielsweise Verbindlichkeiten von über oder mindestens einem Jahr Laufzeit oder Termineinlagen mit geringeren Laufzeiten, die mit Gewichtungsparemtern hinzugerechnet werden. Zum erforderlichen Refinanzierungsbetrag zählen alle Aktiva sowie außerbilanzielle Verpflichtungen. Die NSFR soll final größer als 100 Prozent sein, damit der Betrag verfügbarer Mittel denjenigen der notwendigen Mittel übersteigt. In Ergänzung zur kurzfristig ausgerichteten LCR dient die NSFR dazu, in der mittleren bis langen Frist die Liquidität der Banken in den Fokus zu stellen.

Beide Kennziffern, LCR und NSFR, erhöhen die Anforderungen an Banken und Kreditinstitute hinsichtlich einer stabileren Refinanzierung zur Verbesserung der Liquidität. Banken müssen zukünftig über mehr liquide Vermögenswerte verfügen.

Weitere Maßnahmen von Basel III betreffen Kriterien wie die Unternehmensführung, insbesondere die Leitungs- und Aufsichtsorgane oder harmonisierte Sanktionsmechanismen bei Nichteinhaltung bestimmter Kriterien. Risikomanagement und Aufsichtskriterien stehen ebenso im Fokus wie die verstärkte Nutzung der Marktdisziplin durch eine Vielzahl von Offenlegungsanforderungen der Institute.

Die Baseler Beschlüsse sehen ursprünglich eine Umsetzung der Vorgaben im Zeitraum vom 1. Januar 2013 bis Ende 2018 vor. Aufgrund von Verzögerungen ist die Einführung zum 1. Januar 2014 vorgesehen, inklusive einer zeitlichen Verschiebung der Übergangsregelungen. Vorgesehen ist eine stufenweise Einführung der verschiedenen Kriterien: Während die Mindestanforderungen an das harte Kernkapital zeitnah innerhalb von drei Jahren auf 4,5 Prozent ansteigen, analog zur veränderten Gewichtung der zu haltenden Eigenkapitalqualität, ist erst nach der Gewichtungsverschiebung die Einführung des Kapitalerhaltungspuffers sowie des antizyklischen Puffers geplant, beide wiederum nicht sofort in voller Höhe, sondern sukzessive ansteigend bis zur Erreichung der vollen Höhe im Jahr 2019. Die Liquiditätsvorschriften sollen zunächst beobachtet werden. Die Mindestliquiditätsquote soll ab 2015 sukzessive in Kraft treten und 2018 zu 100 Prozent Geltung erlangen. Die strukturelle Liquiditätsquote soll 2018 verpflichtend gelten. Die Verschuldenshöchstgrenze soll zunächst nur als Beobachtungsgröße dienen, inwiefern sie ab 2018 verpflichtend gilt ist noch nicht final entschieden (vgl. Bankenverband, DIHK (2013), Baseler Ausschuss [2010, S. 78]).

IV. Die Auswirkungen von Basel III – Theorie

Das Regelwerk von Basel III zielt darauf ab, das Konkursrisiko von Banken und Kreditinstituten zu verringern, die Eigenkapitalausstattung der Banken zu erhöhen, deren Liquidität zu verbessern und letztlich einen positiven Beitrag zur Stabilität des Finanzsystems zu leisten. Die nach der letzten Finanzkrise erforderlich gewordenen Rettungsmaßnahmen, final in nicht geringem Maße refinanziert durch Staatshaushalte und Steuergelder, sollen in Zukunft vermieden werden. Durch eine internationale Umsetzung und damit einhergehende gleiche Wettbewerbsbedingungen sollen die einheitlich geltenden Regelungen nicht zur Benachteiligung nationaler Institute führen, sondern Risiken global eindämmen.

Basel III wird Auswirkungen auf die Finanzwirtschaft, insbesondere auf Banken und Kreditinstitute haben, aber auch auf die Realwirtschaft, das heißt auf Unternehmen und Betriebe. Im Nachfolgenden werden allgemeine Annahmen der aktuellen Diskussion zu möglichen Folgen von Basel III genannt:

Basel III hat direkte Folgen für die Finanzwirtschaft dahingehend, indem speziell Banken betroffen sind. Indirekt ergeben sich hierdurch aber aufgrund des zentralen Zusammenspiels zwischen Finanz- und Realwirtschaft Auswirkungen auf Unternehmen. Banken sind im Zusammenspiel der Wirtschaftsakteure maßgebliche Faktoren für ein funktionierendes Wirtschaftsgeschehen. Sie tragen als Intermediäre dazu bei, dass Finanzierungsmittel zwischen Kapitalgebern und Kapitalnehmern (private Haushalte, Unternehmen, Staat, Gebietsfremde) transferiert werden. Da sie privaten Haushalten und Unternehmen Kredite gewähren, spielen sie eine wichtige Rolle bei volkswirtschaftlichen Impulsen. Verfügbarkeit und Kosten eines Kredits sind unter anderem wichtige Einflussfaktoren für Investitionsentscheidungen von Unternehmen und somit für das gesamtwirtschaftliche Wachstum (EZB [2001, S. 26, 34, 47]).

Ziel von Basel III ist es, als ein Baustein der Regulierungsbestrebungen, eine **Stabilität des Finanzsektors** sicherzustellen: Durch erhöhte Krisenstabilität von Banken, zum Beispiel mit dem Ziel der Kreditvergabe an Unternehmen auch in Krisenzeiten sowie eine verbesserte Liquidität, soll die Funktionsfähigkeit des Bankenmarktes gewahrt bleiben. Dies kommt indirekt den Betrieben und Unternehmen zu Gute, die auf Kredite zur Ausübung ihrer Investitionspläne angewiesen sind. Positiv wirkt sich in der langen Frist eine bessere Kapitalaus-

stattung der Banken und der damit mutmaßlich einhergehende Verzicht auf externe Hilfeleistungen für Banken im Falle von Krisen dahingehend aus, dass die Belastungen für die öffentlichen Haushalte geringer sind, in der Folge somit die staatliche finanzielle Situation positiver ist und keine Steuererhöhungen, Ausgabenkürzungen oder alternative Mittelverwendungen zur Refinanzierung der Haushaltsdefizite erforderlich sind.

Ein zentraler Baustein von Basel III ist die **Stärkung der Eigenkapitalausstattung** der Banken. Für Banken steigen die Anforderungen zum Aufbau von Eigenkapital deutlich an. Banken haben unterschiedliche Möglichkeiten, um ihre Eigenkapitalquote anzuheben: Einerseits können Aktiva in der Bilanz abgebaut werden durch die Rückführung von Geschäften (bei gleichem Eigenkapital), was einem Verzicht auf das Kerngeschäft ähnlich ist. Um das Eigenkapital andererseits selbst zu steigern, besteht entweder die Möglichkeit, eine Kapitalerhöhung durchzuführen oder Gewinne nicht auszuschütten (vgl. Bankenverband, DIHK [2013, S. 15]). Eine vierte Möglichkeit ist die Finanzierung über die EZB (vgl. Nareusch [2012, S. 3.712]).

Die erhöhten Eigenkapitalanforderungen bedeuten, dass die **Kapitalkosten für Banken steigen**. Statt 8 Prozent Eigenkapital müssen Banken zunächst grundsätzlich 10,5 Prozent Eigenkapital vorhalten, vorbehaltlich der weiteren Puffer nach Basel III. Die Kapitalanforderungen der Banken steigen somit unabhängig von der Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kredites oder dem Unternehmens-Rating um rund ein Drittel (vgl. Bankenverband, DIHK [2013, S. 15]). Zusammen mit dem antizyklischen Puffer ist sogar ein Anstieg der Kapitalanforderungen auf 13 Prozent um rund zwei Drittel zu verzeichnen³. Da die Anforderungen weitgehend pauschal erhöht werden, wird es unabhängig vom Geschäftsgegenstand der Bank, irrelevant ob Investment Banking oder klassisches Kreditgeschäft, zu einer Belastung der Banken kommen (vgl. Paul und Paul [2013, S.387]). Wenngleich aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs der Banken und der Institute untereinander einer Weitergabe dieser Kosten an Kunden Grenzen gesetzt sind, dürfte jedoch ein gewisser Teil durchaus Eingang finden in die Kostenkalkulation der Banken. Mögliche Folgen sind **Veränderungen in der Kreditvergabe** (vgl. Nareusch [2012, S. 3.712] in allgemeiner Form, beispiels-

³ Viele Banken in Deutschland haben ihre Kernkapitalquoten seit Beginn der Finanzkrise bereits deutlich aufgestockt (vgl. Wirtschaftswoche [2013, S.9]).

weise durch ein restriktiveres Vergabeverhalten, höhere Kreditzinsen oder einen schwierigen Kapitalzugang (vgl. Berg und Uzik [2011]). Die Deutsche Bundesbank weist explizit auf das Spannungsfeld höherer Kapitalanforderungen der Banken einerseits aus Stabilisierungszwecken und einer Schwächung des Kreditangebotes mit gesamtwirtschaftlich negativen Effekten andererseits hin (vgl. Deutsche Bundesbank [2011, S. 5]).

Wenngleich diese möglichen Folgen nicht pauschaliert gelten, diese Annahmen aufgrund des Wettbewerbs der Kreditinstitute, geschäftsspezifischer, individueller Entscheidungen, aber auch aufgrund gesonderter Regelungen durchaus ausschließlich Fehleinschätzungen ob zukünftiger Entwicklungen sein können, so steht zumindest die **Hypothese einer ungünstigen Entwicklung der Kreditbezugsmöglichkeiten für Unternehmen im Raum**. Zumindest in der kurzen Frist scheint die Historie zu bestätigen, dass höhere Eigenkapitalanforderungen die Kreditvergabe der Banken schmälern (vgl. Buch und Prieto [2012]). In diesem Kontext trägt der Mittelstandskompromiss positiv dazu bei, dass bei Krediten für kleine und mittlere Unternehmen (bei einem Umsatz des Kreditnehmers von weniger als 50 Millionen Euro pro Jahr und einer Forderung der Bank gegenüber dem Kreditnehmer von unter 1,5 Millionen Euro) gesenkte Kapitalanforderungen greifen, gegenüber Basel II bleiben sie nahezu unverändert (vgl. Bankenverband, DIHK [2013, S. 10]). Auch durch die Übergangsregelungen sollen Banken die Möglichkeiten erhalten, die erforderlichen Kriterien zu erfüllen, ohne das für die Realwirtschaft essentielle Kreditgeschäft zu vernachlässigen. Dennoch gilt, dass höhere Eigenkapitalanforderungen die Fähigkeiten zur Kreditvergabe – hierbei in hohem Maße vom Kerngeschäft der jeweiligen Bank abhängig – schmälern, im Umkehrschluss mindern sich Gefahren zukünftiger Finanz- und Banken Krisen (Eckardt und Van Roosebeke [2011]).

Wie wichtig der Bankkredit für die Unternehmensfinanzierung ist, zeigt ein Vergleich zwischen den USA und Europa. In Europa erfolgen mehr als sieben von zehn Unternehmensfinanzierungen durch den klassischen Bankkredit, in den USA liegt der Anteil bei lediglich zwei von zehn Unternehmensfinanzierungen (vgl. Rocholl et al. [2012, S. 2]). Bei einem Blick nach Europa zeigt sich darüber hinaus, dass insbesondere in Deutschland der Stellenwert der Unternehmensfinanzierung durch Bankkredite gegenüber kapitalmarktbasierter Fremdfinanzierung wie Unternehmensanleihen hoch ist, anders beispielsweise als in Frankreich oder Großbritannien (vgl. Genossenschaftsverband

Bayern [2013]). Insofern steht zu erwarten, dass sich mögliche Änderungen in den Geschäftspolitiken der Banken in Deutschland unmittelbarer als in anderen Staaten auf die Unternehmensfinanzierung auswirken (Bankenverband, DIHK [2013, S. 9]).

Ein weiterer wesentlicher Baustein von Basel III sind die Liquiditätsvorschriften. Insbesondere der zunehmend ansteigende Anteil verfügbarer liquider Mittel führt voraussichtlich zu einer Erschwerung der Fristentransformation der Banken – die Umwandlung kurzfristiger Einlagen in langfristige Kredite wird schwieriger. Es besteht die Möglichkeit, dass somit die Laufzeiten von Krediten, je nach Rating und Bonität des Unternehmens, abnehmen. Da die Banken stärker als bislang angehalten sind, langfristige Kredite fristenkongruent abzudecken, was wiederum in der Regel mit einer teureren Refinanzierung einhergeht, wird sich dies ferner möglicher Weise dahingehend auswirken, dass die **Konditionen langfristiger Kredite ansteigen und somit teurer für Unternehmen werden** (vgl. Bankenverband, DIHK [2013, S. 12]). Veränderte Liquiditätsvorschriften führen dazu, dass sich der Finanzierungsbedarf der Banken verändert. Ihre Refinanzierungskosten steigen und somit mindert sich die Erlössituation (vgl. Bankenverband, DIHK [2013, S. 11]).

Bonität und Sicherheiten von Kreditnehmern dürften zunehmend wichtiger werden. Zwar ist das mit Basel II implementierte Rating bereits heute zentrales Kriterium für die Vergabe von Krediten und deren Kosten. Es ist jedoch denkbar, dass Bonität und Sicherheiten der Unternehmen trotz der bereits bestehenden Ratingverfahren noch mehr an Bedeutung gewinnen, insbesondere die Relevanz für Unternehmen, um mittelfristig Kapital zu bekommen. Zwar besteht weiterhin auch bei bonitätsschwächeren Unternehmen aus Sicht der Kreditgeber eine Attraktivität der Kreditvergabe, abhängig von der zu realisierenden Marge zwischen Kreditzins und Kosten, dennoch gilt: Je besser das Rating beziehungsweise je höher die Sicherheiten, desto geringer die Risiken und somit die Kosten für eine Bank. Insbesondere Unternehmen mit mittlerem Rating dürften mit höheren Finanzierungskosten oder steigenden Anforderungen an einzubringende Sicherheiten durch Basel III zu rechnen haben. Unternehmen mit vergleichsweise schlechtem Rating dürften durch die Anforderungen negativ tangiert sein (vgl. ZEW [2012, S. 2]). Möglicherweise sind hiervon in relativ höherem Maße unternehmerische Investitionen im Existenzgründungs- oder Unternehmensnachfolgebereich betroffen, für die eine klassische Bankkredit-

finanzierung schwieriger werden könnte (vgl. Bankenverband, DIHK [2013, S. 9]). **Kreditinstitute werden stärker auf niedrige Risiken achten müssen**, mit Konsequenzen für Unternehmen mit unsicherem Markterfolg und höherem Kreditrisiko (vgl. DIHK [2013]). Insgesamt dürften, unabhängig von den Vergabekriterien, die **Transparenzanforderungen an Kreditnehmer** durch die Banken zunehmen (vgl. Bankenverband, DIHK [2013, S. 17]).

Eine weitere mögliche Folgerung aus dem bestehenden Regelwerk ist ein gewisser Spielraum hinsichtlich nationaler Besonderheiten die Höhe und Intensität der Anforderungen betreffend. Mögliche Zuschläge für global oder national systemrelevante Institute durch nationale Aufsichtsbehörden, Risikopuffer von einem bis zu drei Prozentpunkten verlangen zu können, ab 2015 sogar von bis zu fünf Prozentpunkten, verbunden mit der Möglichkeit, dies ausschließlich für bestimmte Risikoposten umzusetzen, bietet durchaus **Freiräume für nationalistischen Protektionismus**. Indem nationale Banken und Institute anders behandelt werden, besteht das Risiko, dass die seit 2007 abnehmende Anzahl grenzüberschreitender Finanztransaktionen weiterhin abnimmt (vgl. Paul und Paul [2012, S. 388 f.]), was insbesondere dem Gedanken der Freizügigkeit des Kapitalverkehrs entgegen läuft. Umso wichtiger ist es, international einheitliche und flächendeckende Standards mit möglichst zeitgleicher Umsetzung zu verwirklichen. Nur so lassen sich systemische Risiken dauerhaft mindern (vgl. DIHK [2013]). Global einheitliche Wettbewerbsbedingungen („Level Playing Field“) für betroffene Banken und Kreditinstitute wirken sich in der Folge positiv für den Bereich der Unternehmensfinanzierung aus. Ohne einheitliche Umsetzung sind negative Auswirkungen für den Standort Europa möglich (Eckardt und Van Roosebeke [2011]).

Direkte Auswirkungen durch Basel III auf Unternehmen ergeben sich mutmaßlich ferner durch die **Wechselwirkungen** verschiedener Regulierungsbestrebungen. So dürfte zum Beispiel eine enge Wirkung zwischen den Maßgaben von Basel III und dem Versicherungsaufsichtsrecht (Solvency II) bestehen (vgl. Zähler [2011]) mit Folgen für bestimmte Wirtschaftszweige. Weitere Wechselwirkungen sind wahrscheinlich.

V. Die Auswirkungen von Basel III – Analyse der Erwartungshaltung von Real- und Finanzwirtschaft

1. Zielsetzung und Struktur der Umfrage

Der IHK-Geschäftsbereich Existenzgründung und Unternehmensförderung führte im zweiten Quartal 2013 eine Umfrage zum Thema „Basel III und die Folgen für den Mittelstand“ durch. Hierbei wurden Unternehmen sowie Banken und Kreditinstitute befragt.

Rund 2.500 mainfränkische Unternehmen wurden im Rahmen der Unternehmensbefragung kontaktiert. Sie wurden entweder postalisch angeschrieben oder hatten die Möglichkeit, den Fragebogen (siehe Anhang) online auf der Internetseite der IHK Würzburg-Schweinfurt auszufüllen. Ferner wurde das IHK-Ehrenamt, insbesondere Vollversammlung sowie Gremialausschüsse und Fachausschüsse der mainfränkischen Wirtschaftskammer, befragt. Um ein möglichst umfassendes Meinungsbild zu erhalten, wurden Unternehmen unterschiedlichster Rechtsformen, Betriebsgrößenklassen oder Branchen aus allen regionalen Gebietskörperschaften in die Analyse einbezogen.

Im Fokus der Unternehmensbefragung waren verschiedene Facetten: Im Themenbereich I standen die Investitionsschwerpunkte der regionalen Unternehmen in den letzten drei Jahren sowie die hierfür in Anspruch genommenen Finanzierungsinstrumente im Mittelpunkt. Ergänzend wurden die Einschätzungen hinsichtlich der wesentlichen Einflussfaktoren für diese zurückliegenden Investitionstätigkeiten erfragt. Um die anstehenden Investitionspläne in mittlerer Zeitperspektive zu erörtern, wurden ferner die zukünftigen Investitionspläne, hierfür bereits in Erwägung gezogene Finanzierungsinstrumente sowie maßgebliche Einflussfaktoren dieser Vorhaben in den kommenden fünf bis zehn Jahren erfragt. Themenbereich II des Fragebogens zielte auf das Thema Basel III ab. Einleitend wurde die Einschätzung zum Informationsstand rund um das Regelwerk erfragt, gefolgt von einer Einschätzung zu den möglichen Folgen von Basel III. Anschließend rückte der Bereich bereits getroffener sowie mittelfristig geplanter Maßnahmen in den Unternehmen aufgrund der Erwar-

tungen in den Fokus. Abrundend wurde die Frage nach konkreten Wünschen der Betriebe hinsichtlich möglicher Unterstützungsleistungen gestellt.

Um neben der Einschätzung der Unternehmen eine umfassende und Real- und Finanzwirtschaft gerecht werdende Einschätzung zu den möglichen Folgen von Basel III für den Mittelstand zu erhalten, wurden in Mainfranken ansässige Banken und Kreditinstitute zu ihren Einschätzungen von Basel III befragt. Hierbei wurden sowohl private, genossenschaftliche als auch öffentlich-rechtliche Institute mit einbezogen. Neben deren Einschätzungen zu den Regulierungsaktivitäten und deren Angemessenheit wurden zunächst die Erwartungen des Banken- und Kreditsektors an grundsätzliche Regulierungsanforderungen des Finanzsystems erfragt. Anschließend rückte die Einschätzung zu den Folgen von Basel III für die Kreditwirtschaft in den Mittelpunkt, bevor die Erwartungen zu den Auswirkungen von Basel III auf Unternehmen im Fokus standen. Abschließend wurden die Banken über ihre Wahrnehmung zu den in Zukunft maßgeblichen Einflussfaktoren der Unternehmensfinanzierung befragt.

2. Auswertung der Unternehmensbefragung

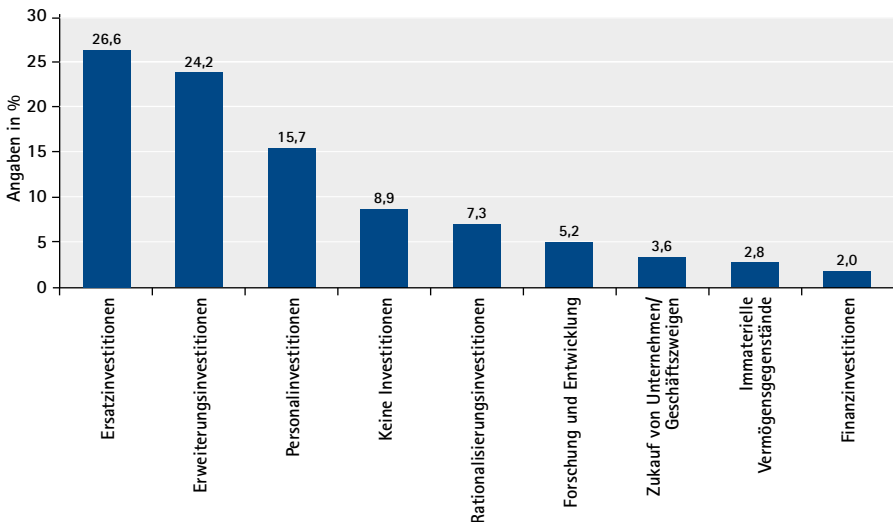
Rechtsform, Branchenzusammensetzung und Mitarbeiteranzahl der an der Umfrage teilnehmenden Unternehmen zeigt, dass ein breites Spektrum an Betrieben aus Mainfranken an der Befragung teilgenommen hat. Durch eine heterogene Zusammensetzung sind die unterschiedlichen Anliegen einer großen Vielzahl an regionalen Unternehmen berücksichtigt und in den Ergebnissen der Unternehmensbefragung zur Geltung gekommen: Von den an der Umfrage teilnehmenden Unternehmen haben 43 Prozent die Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) oder Unternehmergesellschaft/UG (haftungsbeschränkt). 38,7 Prozent haben die Rechtsform einer Personengesellschaft, 11,3 Prozent der Umfrageteilnehmer sind nicht eingetragene Einzelunternehmen. 4,2 Prozent der teilnehmenden Unternehmen haben die Rechtsform der Aktiengesellschaft (AG). Die Teilnehmer bilden einen Querschnitt durch die verschiedensten Branchen: 35,5 Prozent der Betriebe sind dem Dienstleistungssegment zugehörig, 20,6 Prozent dem Groß- und Einzelhandel, 17,7 Prozent der Industrie und 13,5 Prozent der Bauwirtschaft. 7,1 Prozent der teilnehmenden Unternehmen haben mehr als 250 Mitarbeiter zum Umfragezeitpunkt. 12,8 Prozent haben keine Mitarbeiter. Mit 34 Prozent hat der Großteil der Teilnehmer bis

zu zehn Mitarbeiter, 29,1 Prozent haben zwischen 10 bis 50 Mitarbeiter, 17 Prozent haben zwischen 50 bis zu 250 Mitarbeitern. Der Großteil der Unternehmen fällt, die Mitarbeiteranzahl betreffend, in die klassische Mittelstandsdefinition. 96 Prozent der Betriebe sind älter als drei Jahre.

2.1 Themenbereich „Investitionen und Finanzierung“

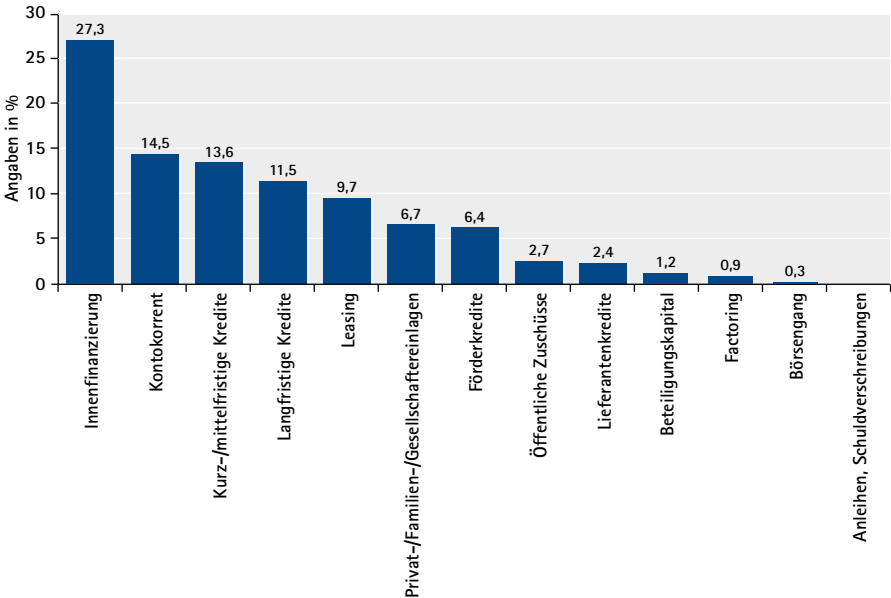
Befragt nach den Investitionsschwerpunkten der letzten drei Jahre gibt mehr als ein Viertel der Unternehmen an, dass Mittel überwiegend in Ersatzinvestition geflossen sind. Etwas weniger als 25 Prozent geben an, dass sie überwiegend in Erweiterungen, beispielsweise in Kapazitätserweiterungen, investiert haben. Gleichfalls eine hohe Bedeutung kommt den Personalinvestitionen (15,7 Prozent) zu. 5,2 Prozent geben an, in Forschung und Entwicklung investiert zu haben. Der Zukauf von Unternehmen beziehungsweise von Geschäftszweigen spielte im Vergleich der erfragten Investitionsschwerpunkte keine übergeordnete Rolle (3,6 Prozent), selbiges gilt für Finanzinvestitionen (2 Prozent). 2,8 Prozent investierten in immaterielle Vermögensgegenstände wie Patente oder Lizenzen. Eines von zehn befragten Unternehmen hat in den vergangenen drei Jahren keine Investitionen getätigt (8,9 Prozent).

Abbildung 3: Unternehmerische Investitionen der letzten drei Jahre



Mit 27,3 Prozent hat der Großteil der befragten Unternehmen die zurückliegenden Investitionen aus eigenen Mitteln wie Gewinnen oder Rücklagen finanziert. Kredite nutze rund ein Viertel der befragten Unternehmen (25,1 Prozent), wobei mehr als die Hälfte hiervon Kredite mit kurz- bis mittelfristigen Laufzeiten von unter fünf Jahren nutze (13,6 Prozent). Insgesamt 11,5 Prozent der getätigten Investitionen wurden mit langfristigen Darlehen und Laufzeiten von mehr als fünf Jahren getätigt. Förderkredite, zum Beispiel von der KfW Mittelstandsbank oder der LfA Förderbank Bayern, nahmen 6,4 Prozent der Unternehmen für ihre Vorhaben in Anspruch. Nach der Innenfinanzierung nahm die Finanzierung mit dem Kontokorrentrahmen den zweithöchsten Stellenwert bei der Finanzierung von Investitionen ein (14,5 Prozent). Nur geringe Bedeutungen kamen Finanzierungsinstrumenten wie Beteiligungskapital (1,2 Prozent), Factoring (0,9 Prozent) oder Börsengang (0,3 Prozent) zu. Anleihen oder Schuldverschreibungen nutze keines der Unternehmen. Vergleichsweise gering war ferner der Anteil an öffentlichen Zuschüssen mit 2,7 Prozent.

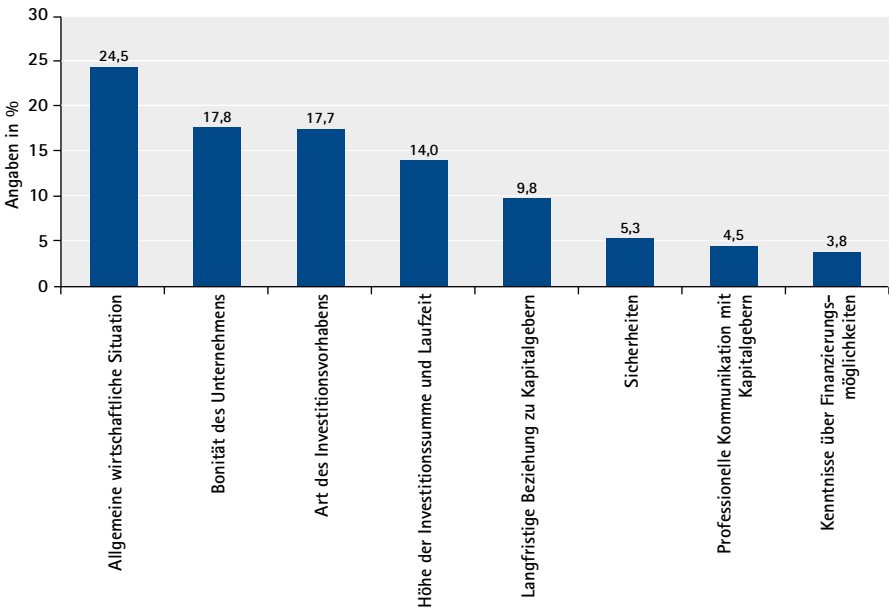
Abbildung 4: Finanzierungsinstrumente der letzten drei Jahre



Als wichtige Einflussfaktoren für getätigte Investitionsfinanzierung gibt rund ein Viertel der befragten Unternehmen allgemeine wirtschaftliche Rahmenbe-

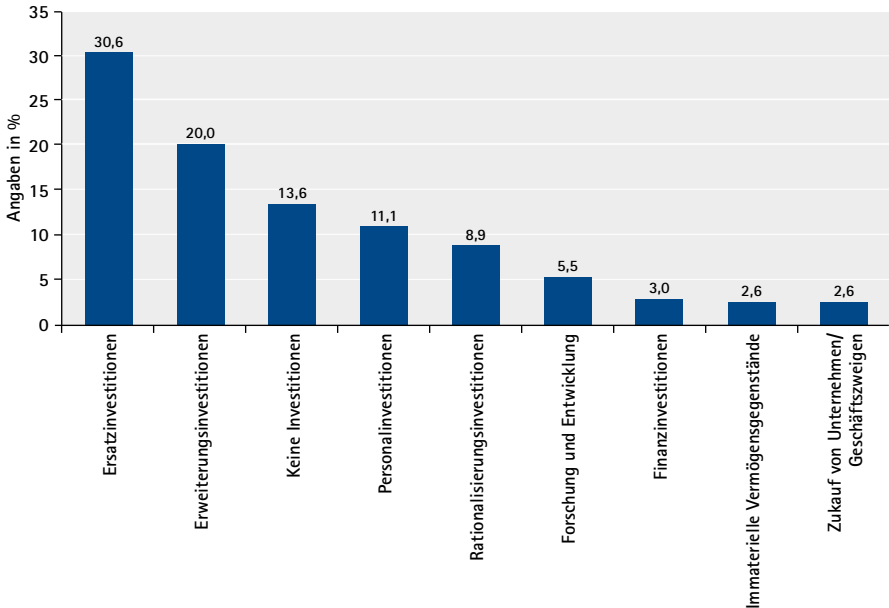
dingungen an. Die Bonität des Unternehmens (17,8 Prozent), die Art des Investitionsvorhabens (17,7 Prozent) sowie Investitionssumme und Laufzeit (14 Prozent) werden nachfolgend als maßgeblich für die Finanzierung des Vorhabens angesehen. Sicherheiten erachten hingegen nur 5,3 Prozent der befragten Betriebe als wichtigen Einflussfaktor für die zeitlich zurückliegende Unternehmensfinanzierung. Kenntnisse über Finanzierungsmöglichkeiten (3,8 Prozent) oder die Professionalität der Kommunikation mit Kapitalgebern (4,5 Prozent) sehen die befragten Unternehmen als weniger wichtig an. Knapp 10 Prozent beurteilen die langfristige Beziehung zu Kapitalgebern als wesentlich.

Abbildung 5: Einflussfaktoren der Unternehmensfinanzierung der letzten drei Jahre



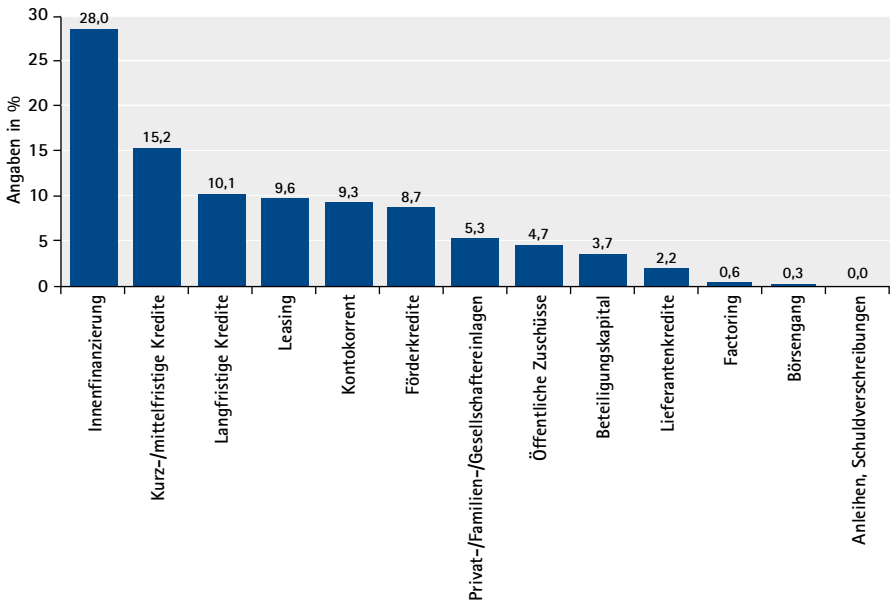
Mittelfristig planen drei von zehn befragten Unternehmen Investitionen in den kommenden fünf bis zehn Jahren in Form von Ersatzbeschaffungen. Erweiterungen planen in der mittleren Frist zwei von zehn befragten Unternehmen. Personal- und Rationalisierungsinvestitionen geben 11,1 Prozent beziehungsweise 8,9 Prozent der Betriebe als Schwerpunkt zukünftiger Investitionen an. 5,5 Prozent der Unternehmen planen Investitionen in Forschung und Entwicklungen, lediglich 2,6 Prozent geben den Zukauf von Unternehmen und Geschäftszweigen als Ziel an.

Abbildung 6: Mittelfristige unternehmerische Investitionspläne



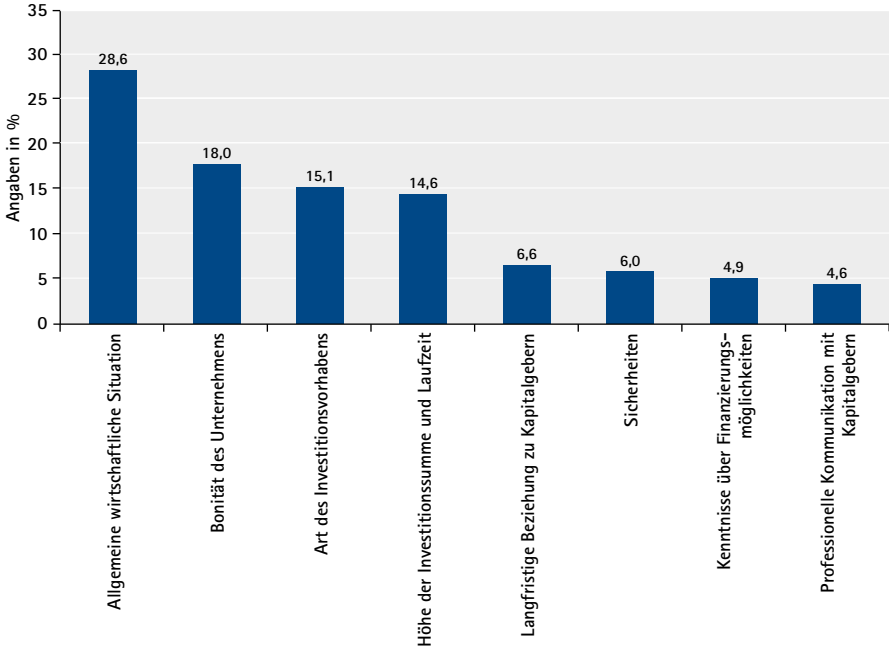
Für die Finanzierung der geplanten Investitionen in den kommenden fünf bis zehn Jahren planen 28 Prozent der Unternehmen, dies durch Innenfinanzierung und eigene Mittel zu realisieren. Den zweithöchsten Stellenwert messen Unternehmen zukünftig kurz- bis mittelfristigen Darlehen (15,2 Prozent) bei, gefolgt von langfristigen Krediten (10,9 Prozent). Einen geringen Stellenwert schreiben die befragten Betriebe Finanzierungsinstrumenten wie Lieferantenkrediten (2,2 Prozent) oder Factoring (0,6 Prozent) zu.

Abbildung 7: Finanzierungsinstrumente für mittelfristige Investitionspläne



Mittelfristig wird aus Sicht der Unternehmen insbesondere die allgemeine wirtschaftliche Situation der Branche der entscheidende Einflussfaktor für die Finanzierung von Investitionsvorhaben der Unternehmen sein (28,6 Prozent). Bonität des Unternehmens (18 Prozent), Art der Investition (15,1 Prozent) oder Investitionssumme und Laufzeit (14,6 Prozent) werden als weitere wesentliche Einflussfaktoren genannt. Vergleichsweise geringe Bedeutung messen Unternehmen in den kommenden fünf bis zehn Jahren der Kommunikation mit dem Kapitalgeber (4,6 Prozent) oder der Kenntnis über mögliche Wege der Finanzierung bei (4,9 Prozent).

Abbildung 8: Einflussfaktoren der mittelfristigen Unternehmensfinanzierung

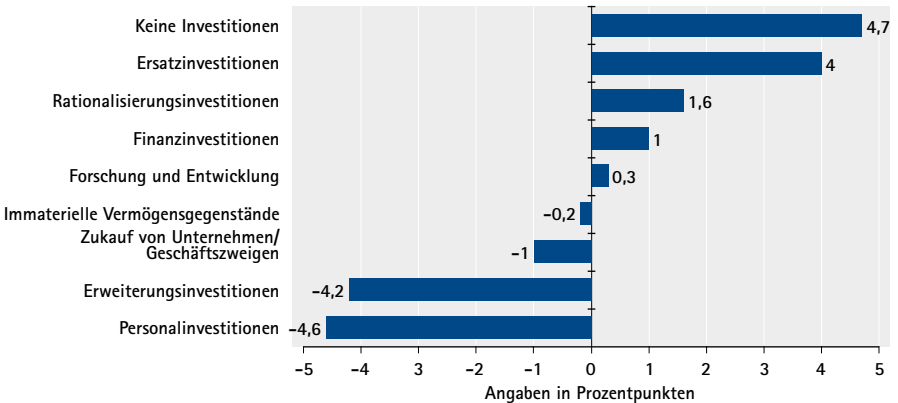


Vergleicht man Investitionen, genutzte Finanzierungsinstrumente sowie wahrgenommene Einflussfaktoren zeitlich zurückliegender Investitionen (vergangene drei Jahre) mit den Plänen in der mittleren Zukunft (kommende fünf bis zehn Jahre), zeigt sich folgendes Bild:

Der Anteil an Unternehmen, die in den kommenden Jahren im Vergleich zu den zurückliegenden Jahren überhaupt keine der genannten Investitionen tätigen wollen, steigt deutlich an. Ein ebenfalls an Bedeutung gewinnender Investitionsanlass ist der Bereich der Ersatzinvestitionen, der in den kommenden fünf bis zehn Jahren aus Sicht der Unternehmen zunimmt. Eine Zunahme ist ferner bei Rationalisierungsinvestitionen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zu verzeichnen. Gleichfalls steigt die Bedeutung von Finanzinvestitionen. Marginal steigt der Anteil der in Forschung und Entwicklung investierenden Betriebe gegenüber den zurückliegenden Jahren an. Im Vergleich planen weniger Unternehmen zukünftig in Übernahmen von Unternehmen oder Geschäftszweigen zu investieren. Eine Erweiterung sehen mittelfristig auffallend weniger Unternehmen als Investitionsschwerpunkt an. Ein deutlicher Rückgang ergibt sich bei

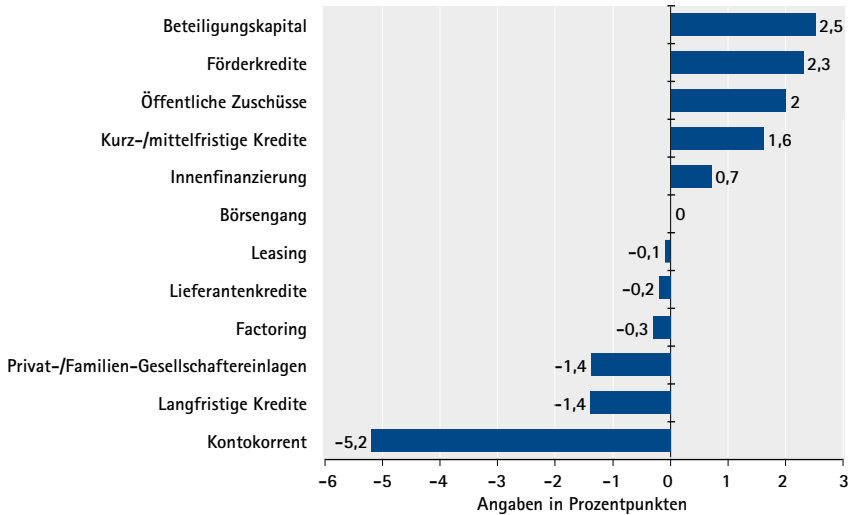
den Investitionsplänen in Personal und Mitarbeiter. Zukünftig sehen Unternehmen in diesen Bereichen einen deutlich an Bedeutung abnehmenden Investitionsbereich.

Abbildung 9: Veränderungen unternehmerischer Investitionspläne



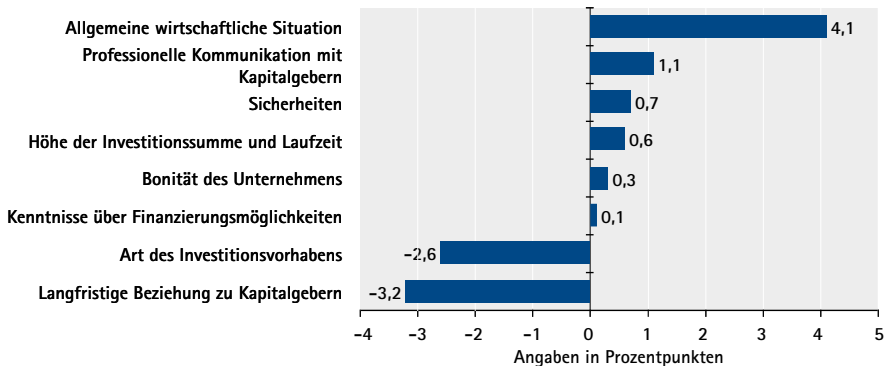
Deutlich weniger Unternehmen planen mittelfristig ihre Investitionsvorhaben durch den Kontokorrentrahmen zu finanzieren, als dies in den zurückliegenden drei Jahren erfolgte. Eine abnehmende Bedeutung ist ferner bei der möglichen Finanzierung durch langfristige Kredite sowie durch Einlagen von Privaten, Familien oder Gesellschaftern vorgesehen. Weiterhin zunehmen wird der Bereich der Innenfinanzierung. In den kommenden fünf bis zehn Jahren planen die Betriebe in deutlich stärkerem Maße als bislang insbesondere kurz- bis mittelfristige Kredite nutzen zu wollen, Darlehen mit langfristiger Bindung sind weniger geplant. Eine ansteigende Relevanz konstatieren die Betriebe insbesondere für öffentliche Finanzierungsmöglichkeiten, ob durch Zuschüsse oder Förderdarlehen. Den größten Bedeutungszuwachs sehen Unternehmen bei der möglichen Nutzung durch Beteiligungskapital.

Abbildung 10: Veränderungen vorgesehener Finanzierungsinstrumente für Investitionspläne



Entscheidender Einflussfaktor für die zukünftige Finanzierung von Investitionsvorhaben aus Sicht der Unternehmen wird zukünftig in noch stärkerem Maße als bisher die allgemeine wirtschaftliche Situation sein. Neben der an Bedeutung gewinnenden Sicherheit und Bonität des Unternehmens spielt nach Einschätzung der Betriebe eine professionelle Kommunikation mit Kapitalgebern eine wichtigere Rolle. Weniger wichtig nach Einschätzung der Unternehmen als bislang wird die Art des Investitionsvorhabens und die Langfristigkeit der Beziehung zu den Kapitalgebern sein.

Abbildung 11: Veränderungen der Einflussfaktoren der Unternehmensfinanzierung

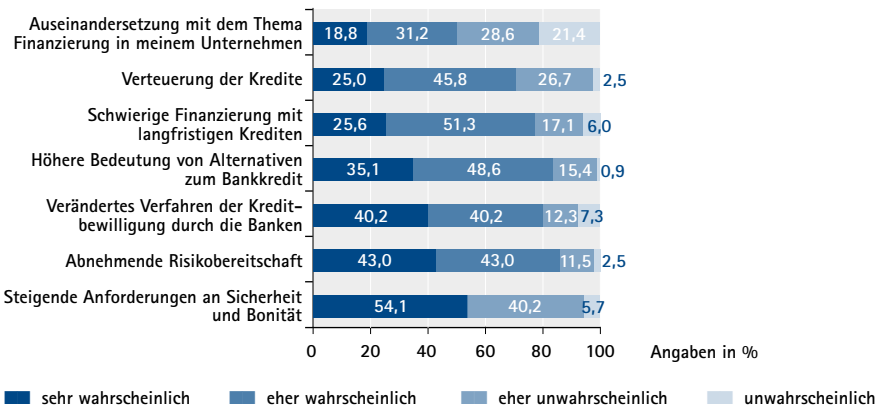


2.2 Themenbereich „Basel III“

Nur zwei von zehn befragten Unternehmen geben an, keine Kenntnisse zum Regelwerk von Basel III zu haben (17,8 Prozent). 27,4 Prozent sprechen von geringen Kenntnissen, Grundkenntnisse nennen 47 Prozent. 8 Prozent führen aus, dass sie über umfassende Kenntnisse verfügen. Insgesamt verfügen somit acht von zehn Betrieben über Kenntnisse in unterschiedlicher Intensität. Explizit erfolgte Informationen durch die Hausbanken in schriftlicher, persönlicher oder anderweitiger Form zu Basel III, verneinen drei von vier Betrieben.

Befragt nach den Erwartungen zu möglichen Auswirkungen von Basel III geben 94 Prozent der befragten Unternehmen an, dass sie steigende Anforderungen an Sicherheiten und Bonität der Betriebe für die Umsetzung von Investitionsvorhaben für wahrscheinlich bis sehr wahrscheinlich halten. 86 Prozent der Unternehmen halten eine abnehmende Risikobereitschaft der Banken für wahrscheinlich bis sehr wahrscheinlich, acht von zehn befragten Unternehmen erwarten ein grundsätzlich verändertes Kreditbewilligungsverfahren. Rund 50 Prozent der Betriebe halten es für wahrscheinlich, dass Alternativen zum klassischen Bankkredit an Bedeutung gewinnen, weitere 35 Prozent halten dies für sehr wahrscheinlich. Ein Viertel der Unternehmen sieht mit hoher Wahrscheinlichkeit Probleme bei der langfristigen Kreditfinanzierung und erwartet eine Verteuerung von Krediten. 23 Prozent der Unternehmen halten schwierigere Finanzierungen von Investitionsvorhaben mit langfristigen Krediten

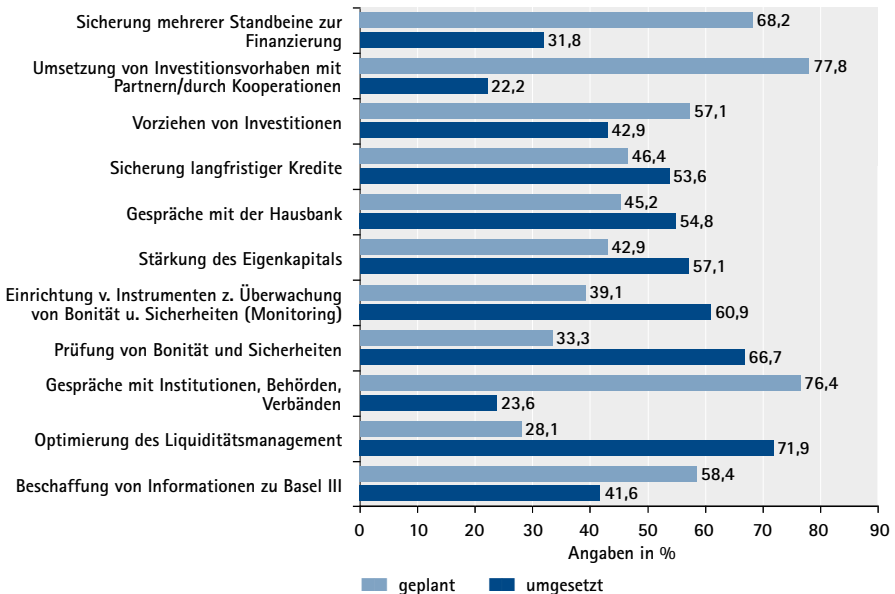
Abbildung 12: Erwartete Auswirkungen von Basel III auf die Unternehmensfinanzierung



für eher unwahrscheinlich beziehungsweise unwahrscheinlich, 30 Prozent der Unternehmer erwarten keine Verteuerung von Krediten. Die Hälfte der Betriebe hält es für nicht erforderlich, sich intensiver mit dem Thema Finanzierung als Folge der Einführung von Basel III auseinanderzusetzen.

Befragt nach konkreten Maßnahmen, die im Zuge der Erwartungen zu den Folgen von Basel III bereits getroffen wurden beziehungsweise geplant sind, ergibt sich folgendes Bild: 71,9 Prozent der Unternehmen haben ihr Liquiditätsmanagement bereits optimiert. Zwei Drittel der Unternehmen haben Bonität und Sicherheit einer Prüfung unterzogen, sechs von zehn befragten Unternehmen geben an, explizit Instrumente zur Überwachung von Bonität und Sicherheit (Monitoring) eingerichtet zu haben. 57,1 Prozent der Betriebe haben ihre Eigenkapitalbasis gestärkt, 53,6 Prozent haben sich langfristige Kreditlinien gesichert. Den Schritt, die unternehmerische Finanzierung auf mehrere Standbeine zu stellen, haben drei von zehn Betrieben unternommen. Relativ wenige Unternehmen haben bislang explizit das Gespräch mit Institutionen, Behörden oder Verbänden gesucht, wenngleich 41,6 Prozent sich gezielte Informationen zu Basel III besorgt haben.

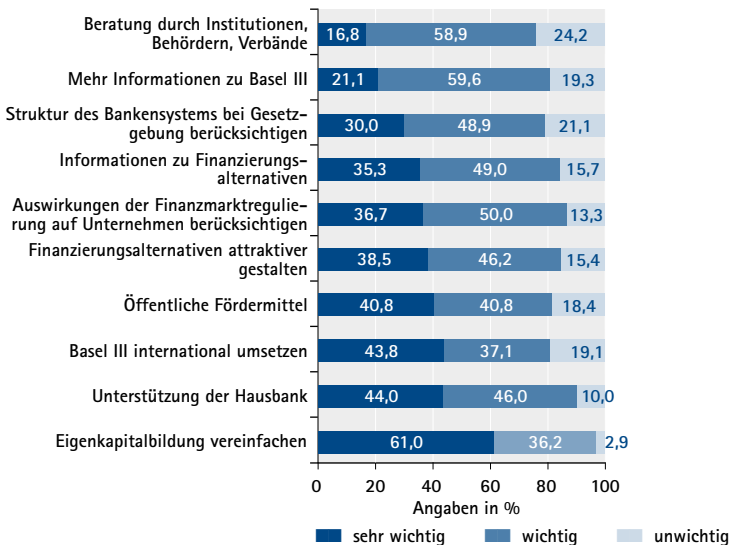
Abbildung 13: Maßnahmen zur Vorbereitung auf Basel III durch Unternehmen



Zukünftig planen drei Viertel der Unternehmen, externe Unterstützung durch Institutionen und Verbände zu suchen. 77,8 Prozent der Unternehmen planen ferner Investitionsvorhaben eventuell mit Partnern und Kooperationen zu realisieren, 68,2 Prozent möchten zukünftig ihre Finanzierung stärker als bislang auf mehrere Standbeine stellen. Ein Vorziehen von Investitionen geben 57,1 Prozent der Betriebe als geplantes Vorhaben an.

Nach Unterstützung befragt, geben 97 Prozent der befragten Unternehmen an, dass sie sich eine Vereinfachung zur Eigenkapitalbildung wünschen, 61 Prozent sehen diese Maßnahme als sehr wichtig an. Für 90 Prozent ist die Unterstützung der Hausbank wichtig. Für 78 Prozent der Betriebe ist eine internationale Umsetzung von Basel III wichtig bis sehr wichtig. Weitere Hilfestellungen sehen Betriebe in den Bereichen öffentliche Fördermittel und Attraktivität von Finanzierungsalternativen. Die Hälfte der befragten Unternehmen hält es für erforderlich, die Auswirkungen von Regulierungsmaßnahmen des Finanzsektors auf die Realwirtschaft zu berücksichtigen, weitere 37 Prozent halten diesen Aspekt für sehr wichtig. 79 Prozent erachten es für wichtig bis sehr wichtig, die Struktur des Bankensystems bei der Gesetzgebung in den Fokus zu stellen. 19 Prozent der Unternehmen halten es nicht für wichtig, umfassende Informationen zu Basel III zu beziehen, knapp ein Viertel benötigt keine externe Beratung zum Thema.

Abbildung 14: Unterstützungswünsche der Unternehmen

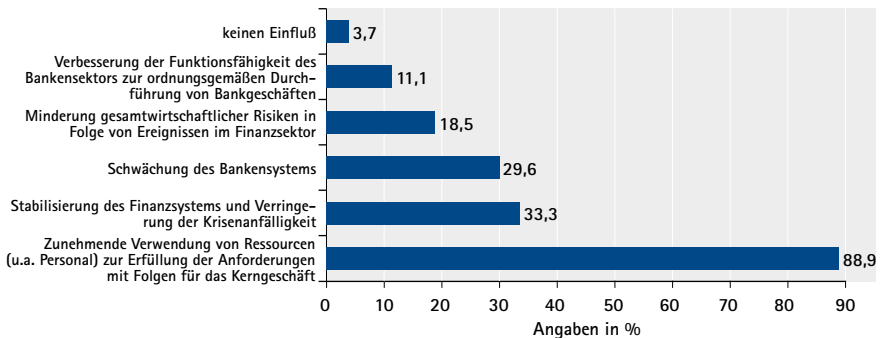


3. Auswertung der Bankenbefragung

Seit einigen Jahren ist der Finanzsektor, insbesondere der Bankenbereich, von einer zunehmenden Regulierungsintensität geprägt. Laut DIHK sehen acht von zehn befragten Banken, Sparkassen oder anderen Finanziers die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, insbesondere die Unsicherheiten über die Auswirkungen verschiedener Regulierungsvorhaben, als Risiko für das eigene Geschäft an (vgl. DIHK [2013]). Alle in Mainfranken befragten Banken bestätigen diese subjektive Einschätzung. Neun von zehn in Mainfranken befragten Banken geben darüber hinaus an, dass die Regulierungsanforderungen des Finanzsektors in unangemessen hohem Maße erfolgen.

Als Folge der Regulierungsmaßnahmen ergeben sich im Zuge der Bankenbefragung nachfolgende Auswirkungen: 88,9 Prozent sprechen aufgrund der ansteigenden Anforderungen durch allgemeine Regulierungsmaßnahmen von zunehmender Ressourcenverwendung, beispielsweise durch Personalkapazitäten, die wiederum Auswirkungen auf das Kerngeschäft des Instituts hat. Drei von zehn Banken geben eine explizite Schwächung des Banksystems als Folge an. Eine verbesserte Funktionsfähigkeit des Bankensektors aufgrund der in den letzten fünf Jahren erfolgten Regulierungsmaßnahmen sehen nur 11,1 Prozent der Banken als Ergebnis. Ein Drittel der Banken führt aus, dass es durch die Maßnahmen zu einer Stabilisierung des Finanzsystems und zur Verringerung der Krisenanfälligkeit kam, keine zwei von zehn Kreditinstituten sehen durch die vergangenen Regulierungsbemühungen eine Minderung gesamtwirtschaftlicher Risiken. Für 3,7 Prozent haben die Maßnahmen der vergangenen fünf Jahre keine Auswirkungen auf das Tagesgeschäft.

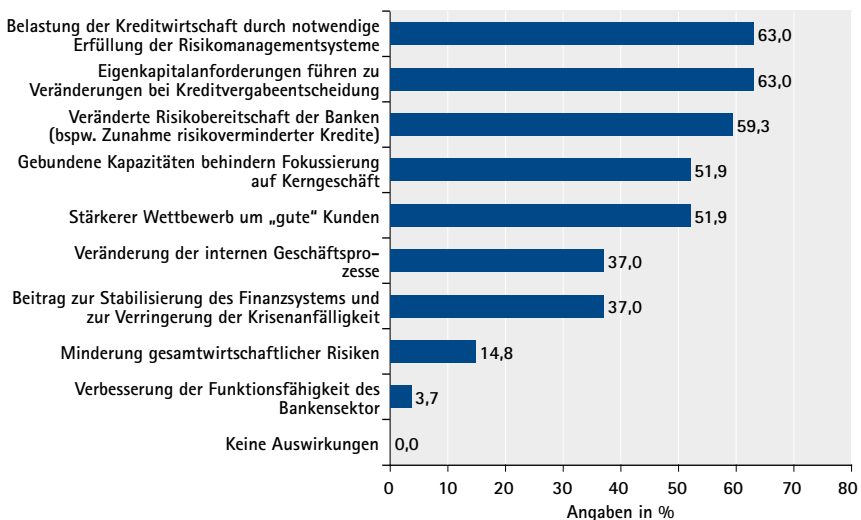
Abbildung 15: Erwartungen der Banken aufgrund der Regulierungsanforderungen für den Finanzsektor



Befragt nach den konkreten Auswirkungen von Basel III für die Kreditwirtschaft ergibt sich ein analoges Bild wie bei der Frage nach den Folgen allgemeiner Regulierungsanforderungen für den Finanzsektor: Lediglich 37 Prozent der befragten Banken erwarten eine Stabilisierung des Finanzsystems und eine geringere Krisenanfälligkeit. Eine Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Bankensektors sehen die Banken kaum. Eine Minderung gesamtwirtschaftlicher Risiken erwarten lediglich 14,8 Prozent. Mehr als die Hälfte der Institute verweist vielmehr auf die Bindung von Kapazitäten und Ressourcen mit Einschränkungen für das Kerngeschäft, für 37 Prozent steht die Notwendigkeit sich ändernder Geschäftsprozesse im Raum. Knapp zwei Drittel der Kreditinstitute sehen grundsätzlich eine Belastung der Kreditwirtschaft durch erforderliche Risikomanagementsysteme im Zuge der Erfüllung der Anforderungen von Basel III.

Die Beziehung zu Unternehmen beziehungsweise Kreditnehmer betreffend, geben 63 Prozent der Banken an, dass es durch die Eigenkapitalanforderungen zu Veränderungen bei Kreditvergabeentscheidungen kommen wird, sechs von zehn Instituten sprechen von einer möglichen Veränderung der Risikobereitschaft. Für mehr als die Hälfte der befragten Banken nimmt der Wettbewerb um „gute“ Kunden zu.

Abbildung 16: Erwartungen der Banken zu den Auswirkungen von Basel III auf die Kreditwirtschaft



Befragt nach den Einschätzungen der Banken zu den wichtigsten Faktoren für die Unternehmensfinanzierung, die durch Basel III verändert werden, geben 96,3 Prozent an, dass Bonität und Sicherheiten nach wie vor entscheidende Kriterien sind. Zwei Drittel der Banken sehen ferner die Verantwortung der Unternehmen, sich zukünftig noch stärker als bislang mit der Finanzierungssituation aktiv auseinanderzusetzen. Denkbar ist hier zum Beispiel die Einbeziehung von Ergebnis- und Liquiditätsplanungen, Bilanz- und Investitionsanalysen, Risikoanalysen bis hin zu Szenario-Analysen (vgl. Knief [2013, S.1.309 ff.]). Für rund ein Drittel der Banken gewinnen für die Unternehmen insbesondere Alternativen zum klassischen Bankkredit an Bedeutung. Keinerlei Auswirkungen durch Basel III sieht nur ein geringer Anteil der befragten Banken.

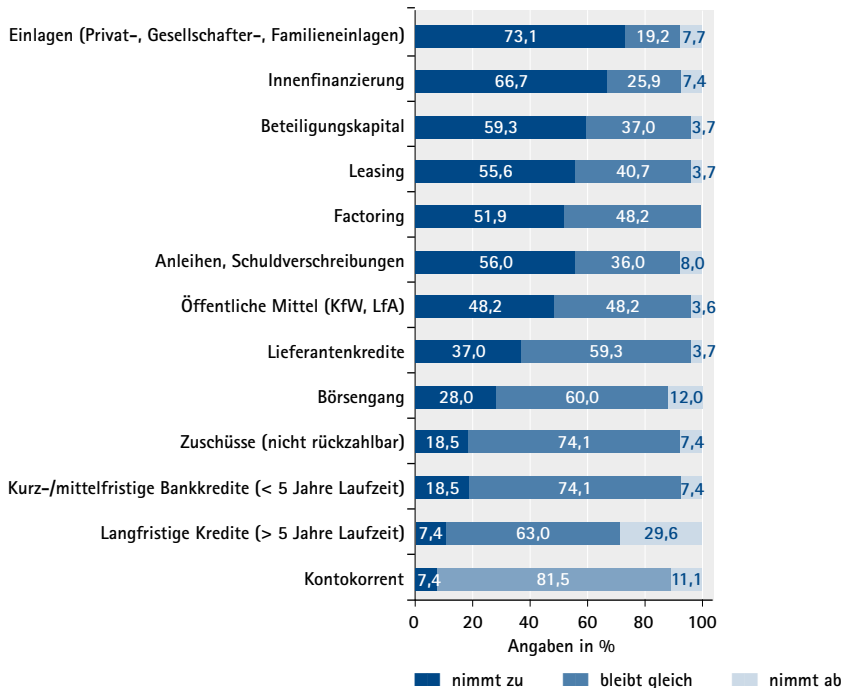
Abbildung 17: Wesentliche Auswirkungen von Basel III auf die Unternehmensfinanzierung aus Sicht der Banken

Finanzierungsalternativen neben dem klassischen Bankkredit gewinnen für Unternehmen an Bedeutung	37,04 %
Unternehmen müssen sich zukünftig aktiver mit der Finanzierungssituation im Betrieb auseinandersetzen.	62,96 %
Basel III hat keine/nur geringe Auswirkungen auf die Finanz- und Kreditwirtschaft.	0,00 %
Basel III hat keine/nur geringe Auswirkungen auf die Realwirtschaft.	7,40 %
Sicherheiten und Bonität der Unternehmen sind nach wie vor entscheidend zur Kreditbewilligung.	96,30 %

Aus Sicht der Banken wird für die Finanzierung von Investitionsvorhaben der Unternehmen mittelfristig die Finanzierung aus eigenen Mitteln (Innenfinanzierung) deutlich zunehmen, 67 Prozent sehen einen Bedeutungsanstieg. Einlagen durch Private, Gesellschafter oder Familienmitglieder werden ferner zukünftig eine deutlich größere Rolle bei der Realisierung von Investitionsvorhaben spielen, nur 8 Prozent der Banken sprechen von einer abnehmenden Relevanz. Auch Formen der Kapitalbeschaffung durch Leasing, Anleihen und Schuldverschreibungen oder Factoring werden aus Sicht der Banken eine wesentlichere Rolle spielen. Insbesondere Beteiligungskapital wird ein substantiell entscheidender Baustein. Öffentliche Mittel in Form von Darlehen oder Bürgschaften des Bundes oder des Landes sehen 48 Prozent der befragten Banken als wichtiger werdend an, weitere 48 Prozent schreiben dieser Finanzierungsalternative eine gleichbleibende Bedeutung zu. Während die Kreditinstitute Zuschüsse und kurz- bis mittelfristige Darlehen zum überwiegenden Anteil unverändert beurteilen, sehen immerhin 30 Prozent der Banken einen abnehmenden Stellenwert langfristiger Darlehen. Der Kontokorrentrahmen spielt aus Sicht der Banken

auch zukünftig eine gleichbleibende Relevanz bei der Finanzierung von Unternehmensvorhaben.

Abbildung 18: Bedeutung verschiedener Finanzierungsinstrumente für die Unternehmensfinanzierung aus Sicht der Banken



4. Zusammenfassung der Umfrageergebnisse

Die IHK Würzburg-Schweinfurt hat Unternehmen sowie Banken und Kreditinstitute über ihre Einschätzungen zu Basel III befragt, hierbei insbesondere mögliche Erwartungen zu den Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung in den Mittelpunkt gestellt. Die einzelnen Ergebnisse wurden im vorhergehenden Kapitel dargestellt. Es zeigt sich eine Vielzahl von identischen Erwartungen von Finanz- und Realwirtschaft, an vereinzelt Stellen ergeben sich jedoch unterschiedliche Sichtweisen, letztlich beeinflusst durch die jeweilige Betroffenheit mit den Regelungen von Basel III und möglichen Folgeeffekten.

Unter Einbeziehung der in Kapitel 4 getroffenen Annahmen zu den Folgen von Basel III bestätigt sich ein Großteil der dort angesprochenen Auswirkungen von Basel III aus Sicht der konkreten Erwartungen von Banken und Unternehmen in Mainfranken. Wesentliche Schlussfolgerungen der Theorie können durchaus relevant für die Praxis sein. Unabhängig von der tatsächlichen mittelbaren und unmittelbaren Wirkung von Basel III auf Finanz- und / oder Realwirtschaft ist es entscheidend, sich mit den Gegebenheiten und den Erwartungen auseinanderzusetzen und die bestmöglichen Wege zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben einzuschlagen.

Nachfolgend werden die wichtigsten Einschätzungen aus Sicht der Banken und der Unternehmen zusammengefasst:

1. Die jüngste Phase einer stärker werdenden Regulierung trifft zunächst die Finanzwirtschaft, dies wird nach Einschätzung von Unternehmen und Banken jedoch mittelbar Folgen für die Realwirtschaft haben, insbesondere für die Unternehmensfinanzierung. Aus Sicht der Unternehmen ist es durchaus wichtig, bei Regulierungsmaßnahmen des Finanzsektors die konkreten Folgen für die Realwirtschaft in den Entscheidungsprozess zu integrieren.
2. Basel III leistet aus Sicht der Banken keinen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Banksystems, eine erhöhte Krisenstabilität sowie positive gesamtwirtschaftliche Effekte sieht nur eine geringe Anzahl der Institute als gegeben an. Basel III belastet vielmehr das Kerngeschäft der Banken, bindet in zunehmendem Maße Ressourcen und wird mittelfristig zur Veränderung interner Geschäftsprozesse führen.
3. Basel III wird aus Sicht der Mehrheit der Banken zu einer Veränderung bei Kreditvergabeentscheidungen führen. Zeitgleich konstatieren sie eine Veränderung der Risikobereitschaft der Kreditinstitute, verbunden mit einem zunehmenden Wettbewerb um „gute“ Kunden. Ferner sehen einzelne Banken eine Tendenz hin zu Darlehen mit kurz- bis mittelfristigen Laufzeiten. Entscheidendes Kriterium der Kreditvergabe ist allerdings nach wie vor die Kapitaldienstfähigkeit der Unternehmen, insbesondere Bonität und Sicherheiten. Aus Sicht der Unternehmen sind Auswirkungen von Basel III in Form von Veränderungen der Risikobereitschaft, Kreditrefinanzierungskosten und Laufzeiten von Darlehen in der überwiegenden Anzahl wahrscheinlich.

4. Der Großteil der Unternehmen hat Kenntnisse über Basel III. Bezugnehmend auf ihre Erwartungen sind Betriebe vorbereitet beziehungsweise planen weitere Schritte: Eigenkapital wurde für zukünftige Investitionen aufgebaut. Teilweise wurden Investitionen vorgezogen beziehungsweise langfristige Darlehenskonditionen gesichert. Die für die Realisierung von Investitionsvorhaben wichtiger werdenden Aspekte Bonität und Sicherheiten unterliegen dauerhaften Prüfprozessen, mittelfristig planen Unternehmen ihre Finanzierung auf mehrere Standbeine zu verteilen. Die Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten der Unternehmensfinanzierung sehen Unternehmen und auch Teile der Banken als zunehmend wichtiger. Unternehmen setzen hier mittelfristig auf eine stärkere Professionalisierung.
5. Die Auseinandersetzung mit Alternativen zur klassischen Fremdkapitalfinanzierung durch Bankdarlehen wird mittelfristig bedeutender, wenngleich der klassische Bankkredit nach wie vor einen wesentlichen Aspekt der Fremdkapitalfinanzierung aus Sicht der Unternehmen sowie der Banken darstellt. Neben der Finanzierung aus eigenen Mitteln nimmt insbesondere die Bedeutung öffentlicher Mittel sowie von Beteiligungsformen aus Sicht der Unternehmen zu, Banken sehen gleichfalls eine zunehmende Bedeutung von Instrumenten wie Einlagen, Factoring oder Leasing. Während Unternehmen ihren Kontokorrentrahmen weniger nutzen möchten, sehen Banken einen gleich bleibenden Stellenwert dieser kurzfristigen Finanzierungsform.
6. Maßgebliche Einflussfaktoren für unternehmerische Investitionen sind allgemeine wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Vor diesem Hintergrund wünschen sich Unternehmen Planungssicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen, unter anderem durch eine internationale Umsetzung von Basel III. Mittelfristig planen Unternehmen insbesondere in Ersatz- oder Rationalisierungsvorhaben zu investieren zur Sicherung beziehungsweise Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Zukäufe, Erweiterungen oder Personalinvestitionen verlieren an Bedeutung. Der Anteil der Unternehmen ohne Investitionspläne steigt an.

VI. Handlungsempfehlungen für mittelständische Unternehmen

Kapitel V hat, aufbauend auf einer Befragung von mainfränkischen Unternehmen und Banken, Erwartungen beider Seiten zu den möglichen Folgen des Regelwerks von Basel III erfragt, hierbei insbesondere zu den Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung. Aus Sicht der mittelständischen Betriebe lassen sich folgende Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen zusammenfassen:

- **Bewusstsein erzeugen:** Basel III und andere Regulierungsvorhaben führen zu Veränderungen von Finanz- und Realwirtschaft. Seien Sie sich dieser Wirkungen und Folgen bewusst, wenn Sie Ihre Unternehmensfinanzierung durch Einbeziehung Dritter (Banken, Investoren, Finanziers) gestalten möchten.
- **Gespräche suchen und Informationen beschaffen:** Informationen verschaffen Vorteile, insbesondere um zukünftige Veränderungen zu erkennen und zu meistern in Sachen Unternehmensfinanzierung. Suchen Sie aktiv, frühzeitig und regelmäßig das Gespräch mit Ihrer Hausbank sowie mit externen Dritten wie Steuerberatern oder Experten der IHKs, um Ihre Unternehmensfinanzierung langfristig positiv zu gestalten. Erarbeiten Sie gemeinschaftlich passende Strategien in offener Art und Weise, um Ihre Unternehmensfinanzierung langfristig auf sichere Füße zu stellen. Halten Sie darüber hinaus im Betrieb die Augen offen: Haben Sie stets Ihre finanzielle Situation im Griff, richten Sie Monitoring-Systeme ein, optimieren Sie Ihr Liquiditätsmanagement, zum Beispiel Ihr Mahnwesen, Ihre Zahlungsziele oder Ihre Lagerhaltungskosten.
- **Strategisches Finanzierungsmanagement leben:** Planen Sie Ihre Unternehmensfinanzierung frühzeitig, langfristig vorausschauend und machen Sie sie zur Chefsache. Überlegen Sie, welche Investitionsvorhaben kurz-, mittel- und langfristig anstehen und erörtern Sie mögliche Finanzierungsalternativen. Je früher Sie beginnen, desto zahlreicher sind die Alternativen zur Umsetzung. Und denken Sie daran: Gerade bei öffentlichen Mitteln steht die Finanzierungssicherung zeitlich zwingend vor

der geplanten Investition. Ferner gilt der Grundsatz: Beschaffen Sie sich Geld, wenn Sie es (noch) nicht benötigen in dem Maße, wie Sie es (noch nicht) benötigen.

- **Professionell statt ad-hoc handeln:** Professionalisieren Sie Ihre Unternehmensfinanzierung. Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen ist es wichtig, sich nicht erst unmittelbar vor der Umsetzung eines Investitionsvorhabens Gedanken über die richtige Finanzierung zu machen. Nur so können Sie das passende Finanzierungskonzept Ihren Vorstellungen entsprechend finden. Kurzfristige Schritte sind meist teurer.
- **Unternehmerisch überzeugen:** Überzeugen Sie mit unternehmerischer Kompetenz. Unternehmerische Qualifikation, betriebliche Leistungsfähigkeit, eine realistische Analyse der Ist-Situation und positive Zukunftsperspektive sind die Grundlage einer erfolgreichen Unternehmensfinanzierung.
- **Mehrere Standbeine schaffen:** Stellen Sie Ihre Finanzierung auf viele Beine. Diversifikation, je nach Art, Höhe und Laufzeit der Investition, verschafft Ihnen unternehmerische Unabhängigkeit und Flexibilität, beispielsweise durch Eigenmittel aufgrund einer gestärkten Eigenkapitalbasis, Darlehen, Beteiligungsformen, Factoring, Leasing, Unternehmensanleihen, Förderkredite, Kontokorrent.
- **Rating optimieren:** Setzen Sie sich mit Ihrem Rating-Verfahren auseinander. Nur wenn Sie Ihre Bonität und Sicherheiten kennen, können Sie positiv Einfluss nehmen, zum Beispiel durch Bürgschaften oder Sachsicherheiten. Ihre Bonität wird maßgeblich durch finanzielle Aspekte wie Kapital, Gewinne, Zahlungsfähigkeit beeinflusst, ferner von „weichen“ Faktoren wie unternehmerisches Wissen, Übergaberegulungen im Betrieb, bis hin zu Ihrer Persönlichkeit als Unternehmer.

VII. Leistungsangebote der IHK Würzburg-Schweinfurt

Der IHK-Fachbereich Existenzgründung und Unternehmensförderung bietet Unternehmen zahlreiche Unterstützungen in Sachen **Finanzierung und Förderung** an.

Beratung:

persönliche, telefonische, schriftliche Beratung zu allen Fragen der Finanzierung, zu Coaching-Programmen, zum Gründungszuschuss/Einstiegsgeld

Finanzierungssprechtage:

Regelmäßige, individuelle Beratungsgespräche mit Experten der IHK Würzburg-Schweinfurt und der LfA Förderbank Bayern

Informationsangebote:

- Broschüren, Merkblätter, Publikationen
- IHK-Schriftenreihen „Besser finanziert – Förderleitfaden für den Mittelstand in Mainfranken“, „Beteiligungskapital – Wege, Chancen, Perspektiven“
- IHK-Homepage
- Social Media („Gründerszene Mainfranken“, www.xing.com/net/gruenderszene-mainfranken)
- Newsletter „besser finanziert“

Begutachtung:

Stellungnahmen an

- Öffentliche Banken – Öffentliche Finanzierungshilfen
- Agenturen für Arbeit – Gründungszuschuss
- Jobcenter – Einstiegsgeld

Unternehmensnachfolgebörse „nexus change“:

- Vermittlungsplattform für Unternehmenskäufer und -verkäufer

Ansprechpartner:

Dr. Sascha Genders

Bereichsleiter Existenzgründung und Unternehmensförderung

Tel.: 0931 4194-373, E-Mail: sascha.genders@wuerzburg.ihk.de

VIII. Anhang

1. Fragebogen zur Unternehmensbefragung

IHK-Umfrage „Basel III: Folgen für den Mittelstand“

- Ihre Daten werden streng vertraulich behandelt -

Name:

Firma:

Adresse:

Email/Fax/Telefon:

A. Allgemeine Informationen

A 1. Welche Rechtsform hat Ihr Unternehmen?

- Nicht eingetragenes Einzelunternehmen (Gewerbebetrieb) Personengesellschaft (e.K., OHG, KG, GmbH & Co. KG) GmbH/UG (haftungsbeschränkt)
- AG Sonstiges: _____

A 2. In welcher Branche ist Ihr Unternehmen tätig?

- Industrie Dienstleistung Bauwirtschaft Groß- und Einzelhandel Sonstiges: _____

A 3. Wie viele Mitarbeiter sind in Ihrem Unternehmen beschäftigt?

- keine 1-9 10-49 50-249 250 und mehr

B. Finanzierungssituation und Investitionsverhalten

B 1. Wurde Ihr Unternehmen in den letzten drei Jahren gegründet?

- Ja Nein

B 2. Wo lagen die Investitionsschwerpunkte in den letzten drei Jahren?
(Mehrfachantworten möglich)

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Erweiterungsinvestition
(z. B. Kapazitätsausweitung) | <input type="checkbox"/> Immaterielle Vermögensgegenstände
(z. B. Patente, Lizenzen) |
| <input type="checkbox"/> Ersatzinvestition | <input type="checkbox"/> Rationalisierungsinvestition |
| <input type="checkbox"/> Personalinvestition | <input type="checkbox"/> Zukauf von
Unternehmen/Geschäftszweigen |
| <input type="checkbox"/> Finanzinvestition
(z. B. Kapitalanlage) | <input type="checkbox"/> Sonstiges: _____ |
| <input type="checkbox"/> Forschung und Entwicklung
(Anteil in Prozent des Umsatzes _____) | <input type="checkbox"/> Keine Investition getätigt |

B 3. Welche Finanzierungsinstrumente haben Sie in den letzten drei Jahren besonders genutzt? (Mehrfachantworten möglich)

- | | | |
|--|---|---|
| <input type="checkbox"/> Innenfinanzierung
(z. B. aus Gewinnen,
Abschreibungen,
Rückstellungen) | <input type="checkbox"/> Förderkredite
(z. B. KfW, LfA) | <input type="checkbox"/> Anleihen,
Schuldverschreibungen |
| <input type="checkbox"/> Kontokorrent | <input type="checkbox"/> Beteiligungskapital | <input type="checkbox"/> Factoring |
| <input type="checkbox"/> Kurz-/mittelfristige
Bankkredite
(< 5 Jahre) | <input type="checkbox"/> Privat-/Familien-/
Gesellschaftereinlagen | <input type="checkbox"/> Börsengang |
| <input type="checkbox"/> Langfristige Bankkredite
(> 5 Jahre) | <input type="checkbox"/> Lieferantenkredite | <input type="checkbox"/> Sonstiges: _____ |
| <input type="checkbox"/> Öffentliche Zuschüsse | <input type="checkbox"/> Leasing | |

B 4. Was hat Ihre Finanzierung in den letzten drei Jahren maßgeblich beeinflusst?
(Mehrfachantworten möglich)

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Allgemeine wirtschaftliche Situation
der Branche | <input type="checkbox"/> Kenntnisse über
Finanzierungsmöglichkeiten |
| <input type="checkbox"/> Art des Investitionsvorhabens | <input type="checkbox"/> Langfristige Beziehung
zu Kapitalgebern |
| <input type="checkbox"/> Höhe der Investitionssumme
und Laufzeit | <input type="checkbox"/> Professionelle Kommunikation
mit Kapitalgebern |
| <input type="checkbox"/> Bonität des Unternehmens | <input type="checkbox"/> Sonstiges: _____ |
| <input type="checkbox"/> Sicherheiten | |

B 5. Welche Investitionen planen Sie in den kommenden fünf bis zehn Jahren?
(Mehrfachantworten möglich)

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Erweiterungsinvestition
(z. B. Kapazitätsausweitung) | <input type="checkbox"/> Immaterielle Vermögensgegenstände
(z. B. Patente, Lizenzen) |
| <input type="checkbox"/> Ersatzinvestition | <input type="checkbox"/> Rationalisierungsinvestition |
| <input type="checkbox"/> Personalinvestition | <input type="checkbox"/> Zukauf von
Unternehmen/Geschäftszweigen |
| <input type="checkbox"/> Finanzinvestition (z. B. Kapitalanlage) | <input type="checkbox"/> Sonstiges: _____ |
| <input type="checkbox"/> Forschung und Entwicklung
(Anteil in Prozent des Umsatzes ___) | <input type="checkbox"/> Keine Investition getätigt |

B 6. Welche Finanzierungsinstrumente planen Sie in den kommenden fünf bis zehn Jahren zu nutzen? (Mehrfachantworten möglich)

- | | | |
|--|---|--|
| <input type="checkbox"/> Innenfinanzierung
(z. B. aus Gewinnen,
Abschreibungen,
Rückstellungen) | <input type="checkbox"/> Förderkredite
(z. B. KfW, LfA) | <input type="checkbox"/> Anleihen
Schuldverschreibungen |
| <input type="checkbox"/> Kontokorrent | <input type="checkbox"/> Beteiligungskapital | <input type="checkbox"/> Factoring |
| <input type="checkbox"/> Kurz-/mittelfristige
Bankkredite (< 5 Jahre) | <input type="checkbox"/> Privat-/Familien-/
Gesellschaftereinlagen | <input type="checkbox"/> Börsengang |
| <input type="checkbox"/> Langfristige
Bankkredite (> 5 Jahre) | <input type="checkbox"/> Lieferantenkredite | <input type="checkbox"/> Sonstiges:
_____ |
| Öffentliche Zuschüsse | <input type="checkbox"/> Leasing | |

B 7. Was wird Ihre Finanzierung in den kommenden fünf bis zehn Jahren voraussichtlich beeinflussen? (Mehrfachantworten möglich)

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Allgemeine wirtschaftliche Situation
der Branche | <input type="checkbox"/> Kenntnisse über
Finanzierungsmöglichkeiten |
| <input type="checkbox"/> Art des Investitionsvorhabens | <input type="checkbox"/> Langfristige Beziehung
zu Kapitalgebern |
| <input type="checkbox"/> Höhe der Investitionssumme
und Laufzeit | <input type="checkbox"/> Professionelle Kommunikation
mit Kapitalgebern |
| <input type="checkbox"/> Bonität des Unternehmens | <input type="checkbox"/> Sonstiges: _____ |
| <input type="checkbox"/> Sicherheiten | |

C. Basel III

C 1. Was wissen Sie über Basel III?

- Keine Kenntnis
 Geringe Kenntnis
 Grundkenntnisse
 Umfassende Kenntnis

C 2. Hat Ihre Bank Sie über Basel III informiert (schriftlich, persönlich, auf sonstigem Wege)?

- Ja
 Nein

C 3. Worauf hat Basel III Ihrer Ansicht nach Auswirkungen? (Mehrfachantworten möglich)

	unwahrscheinlich	eher unwahrscheinlich	eher wahrscheinlich	sehr wahrscheinlich
Auseinandersetzung mit dem Thema Finanzierung in meinem Unternehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verändertes Verfahren der Kreditbewilligung durch die Banken	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verteuerung der Kredite	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schwierigere Finanzierung mit langfristigen Krediten (inkl. Zinsbedingungen) und mehr kurzfristige Kredite	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abnehmende Risikobereitschaft der Banken	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Steigende Anforderungen an Sicherheiten und Bonität im Unternehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Höhere Bedeutung von Alternativen zum klassischen Bankkredit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstiges:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

C 4. Haben Sie Maßnahmen zur Vorkehrung getroffen/geplant?

- Ja
 Nein

C 5. Welche Maßnahmen haben Sie bereits umgesetzt/planen Sie?
(Mehrfachantworten möglich)

	umge- setzt	geplant
Beschaffung von Informationen zu Basel III	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Optimierung des Liquiditätsmanagements (z. B. Mahnwesen, Zahlungsziele, Lagerhaltung)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gespräche mit Institutionen, Behörden, Verbänden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Prüfung von Bonität und Sicherheiten in meinem Unternehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einrichtung von Instrumenten zur Überwachung von Bonität und Sicherheiten (Monitoring)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stärkung des Eigenkapitals	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gespräche mit der Hausbank	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Umstellung der Kreditlinien zur Sicherung langfristiger Kredite	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vorziehen von Investitionen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Umsetzung von Investitionsvorhaben mit Partnern/durch Koopera- tionen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sicherung mehrerer Standbeine zur Finanzierung (z. B. Beteiligungsfinanzierung, Leasing, Factoring, Lieferantenkredite etc.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstiges:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

C6. Welche Hilfestellungen wünschen Sie sich? (Mehrfachantworten möglich)

	unwichtig	wichtig	sehr wichtig
Mehr Informationen zu Basel III	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Informationen zu Finanzierungsalternativen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Finanzierungsalternativen attraktiver gestalten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unterstützung der Hausbank	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beratung durch Institutionen, Behörden, Verbände	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Öffentliche Fördermittel (z. B. zinsgünstige Darlehen, Bürgschaften)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Struktur des Bankensystems bei Gesetzgebung berücksichtigen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Basel III international umsetzen für einheitliche Wettbewerbsbedingungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Auswirkungen der Finanzmarktregulierungen auf Unter- nehmen berücksichtigen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Eigenkapitalbildung vereinfachen (z. B. steuerliche Verlustverrechnungsmöglichkeiten, rechtssichere Bedingungen für Investoren)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstiges:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

2. Fragebogen zur Bankenbefragung

IHK-Umfrage „Basel III: Folgen für den Mittelstand“
- Ihre Daten werden streng vertraulich behandelt -

Name:

Firma:

Adresse:

Email/Fax/Telefon:

1. Wie beurteilen Sie grundsätzlich die Regulierungsanforderungen an den Finanzsektor in den letzten fünf Jahren?

abnehmend gleichbleibend zunehmend

2. Sind diese Regulierungsanforderungen des Finanzsektors Ihrer Ansicht nach...?

angemessen unangemessen

3. Was erwarten Sie grundsätzlich aufgrund der Regulierungsanforderungen der letzten fünf Jahre für den Finanzsektor?

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Stabilisierung des Finanzsystems und Verringerung der Krisenanfälligkeit | <input type="checkbox"/> Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Bankensektors zur ordnungsgemäßen Durchführung von Bankgeschäften |
| <input type="checkbox"/> Minderung gesamtwirtschaftlicher Risiken in Folge von Ereignissen im Finanzsektor | <input type="checkbox"/> Zunehmende Verwendung von Ressourcen (u. a. Personal) zur Erfüllung der Anforderungen mit Folgen für das Kerngeschäft |
| <input type="checkbox"/> Schwächung des Bankensystems | <input type="checkbox"/> keinen Einfluss |

4. Welche Auswirkungen durch „Basel III“ erwarten Sie für die Kreditwirtschaft?

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Beitrag zur Stabilisierung des Finanzsystems und zur Verringerung der Krisenanfälligkeit | <input type="checkbox"/> Veränderte Risikobereitschaft der Banken (bspw. Zunahme risikoverminderter Kredite) |
| <input type="checkbox"/> Minderung gesamtwirtschaftlicher Risiken | <input type="checkbox"/> Stärkerer Wettbewerb um „gute“ Kunden |
| <input type="checkbox"/> Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Bankensektors | <input type="checkbox"/> Belastung der Kreditwirtschaft durch notwendige Erfüllung der Risikomanagementsysteme |
| <input type="checkbox"/> Veränderung der internen Geschäftsprozesse | <input type="checkbox"/> Gebundene Kapazitäten behindern Fokussierung auf Kerngeschäft |
| <input type="checkbox"/> Eigenkapitalanforderungen führen zu Veränderungen bei Kreditvergabeentscheidung | <input type="checkbox"/> keine Auswirkungen |

5. Welche Aussagen treffen Ihrer Ansicht nach zu?

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Unternehmen müssen sich zukünftig aktiver mit der Finanzierungssituation im Betrieb auseinandersetzen. | <input type="checkbox"/> Sicherheiten und Bonität der Unternehmen sind nach wie vor entscheidend zur Kreditbewilligung. |
| <input type="checkbox"/> Finanzierungsalternativen neben dem klassischen Bankkredit gewinnen für Unternehmen an Bedeutung. | <input type="checkbox"/> Basel III hat keine/nur geringe Auswirkungen auf die Finanz- und Kreditwirtschaft. |
| <input type="checkbox"/> Basel III hat keine/nur geringe Auswirkungen auf die Realwirtschaft. | |

6. Wie beurteilen Sie die zukünftige Bedeutung nachfolgender Instrumente für die Unternehmensfinanzierung?

	Nimmt ab	bleibt gleich	nimmt zu
Innenfinanzierung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kontokorrent	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kurz-/mittelfristige Bankkredite (< 5 Jahre Laufzeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Langfristige Bankkredite (> 5 Jahre Laufzeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Öffentliche Mittel (KfW, LfA)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zuschüsse (nicht rückzahlbar)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beteiligungskapital	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einlagen (Privat-, Gesellschafter-, Familieneinlagen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Lieferantenkredite	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leasing	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Anleihen, Schuldverschreibungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Factoring	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Börsengang	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstiges:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Welche mittelfristigen Veränderungen in der Unternehmensfinanzierung sehen Sie (offene Frage)?

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

IX. Literaturverzeichnis

- Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) (2013): Die Reformen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht – Basel III, Internet: www.bis.org/bcbs/basel3/b3summarytable_de.pdf, abgerufen am 11.07.2013.
- Bankenverband und Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) (2013): Folgen von Basel III für den Mittelstand, fokus: unternehmen, Mai 2013, aktualisierte Auflage, Bankenverband/DIHK: Berlin.
- Bankenverband und Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) (2011): Folgen von Basel III für den Mittelstand, fokus: unternehmen, Oktober 2011, Bankenverband/DIHK: Berlin.
- Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (2010): Basel III: Ein globaler Regulierungsrahmen für widerstandsfähigere Banken und Bankensysteme, Dezember 2010, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich: Basel.
- Berg T. und M. Uzik (2011): Auswirkungsstudie Basel III – Die Folgen für den deutschen Mittelstand, Wissenschaftliche Studie im Auftrag des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft, August 2011, BVMW: Berlin, Wuppertal.
- Buch, C. und E. Prieto (2012): Do Better Capitalized Banks Lend Less? Long-Run Panel Evidence from Germany, in: University of Tübingen Working Paper in Economics and Finance No. 37, Erhard Karls Universität Tübingen: Tübingen.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) (2013): Zum aktuellen Stand der Geldpolitik, in Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Monatsbericht April 2013, S. 8-15, BMWi: Berlin.
- Deutsche Bundesbank (2011): Basel III – Leitfaden zu den neuen Eigenkapital- und Liquiditätsregeln für Banken, Deutsche Bundesbank: Frankfurt am Main.
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) (2013): Mittelstandsfinanzierung: Basel III wirft Schatten voraus, in: Thema der Woche, Newsletter 18.04.2013, DIHK: Berlin.
- Eckhardt P. und B. Van Roosebeke (2011): Eigenkapitalvorschriften (Basel III), in CEP Kurzanalysen, Stand 14.11.2011, Centrum für Europäische Politik: Freiburg.
- Ermschel U., C. Möbius und H. Wengert (2012): Investition und Finanzierung, 3. Auflage, Springer Gabler: Heidelberg.
- Europäische Zentralbank (EZB) (2001): Die Geldpolitik der EZB, EZB: Frankfurt am Main.

- Genossenschaftsverband Bayern (2013): Die Traumkunden, in: Profil 01/2013, S. 12-13, GVB Bayern: München.
- Hall, S., T. Kasprovicz, H. Köckritz, J. Leach, K. Ott und A. Rückbeil (2011): Basel III – Handlungsdruck baut sich auf: Implikationen für Finanzinstitute, KPMG Financial Services: Frankfurt am Main.
- Knief, P. (2013): Verbesserte Transparenz bei der Analyse der Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen für Basel III – Eine neue „BWA Finanzinformation“ im Datev-System, in: Der Betrieb, Nr. 24, 14.06.2013, S. 1.309-1.314, DER BETRIEB, Fachverlag der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH: Düsseldorf.
- Nareusich, A. (2012): Konsequenzen von Basel III, Die Botschaft der Krise – Zur Umsetzung der Basel-III-Vorschriften, in: NWB Heft 46/2012, S. 3.710-3.714, NWB Verlag: Herne.
- Paul, S. und T. Paul (2013): Eindämmung von Finanzmarktkrisen durch erhöhte Regulierungsintensität? Ein Update, in: Wirtschaftsdienst 2013/6, 93. Jg., S. 384-389, ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft: Hamburg.
- Reinhart, Carmen M. und Kenneth S. Rogoff (2009): Dieses Mal ist alles anders – Acht Jahrhunderte Finanzkrisen, FinanzBuch Verlag GmbH: München.
- Rocholl J., S. Steffen und J. Mattes (2012): Bedeutung der privaten Banken für die deutsche Volkswirtschaft, Bankenverband: Berlin.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2012): Stabile Architektur für Europa – Handlungsbedarf im Inland, Jahresgutachten 2012/2013, Sachverständigenrat/Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2010): Chancen für einen stabilen Aufschwung, Jahresgutachten 2010/2011, Sachverständigenrat/Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.
- Schrooten M. (2013): Deutscher Bankensektor: Weiter Weg zum Kerngeschäft, in: Wirtschaftsdienst 2013/5, S. 348-350, 93. Jg., ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft: Hamburg.
- Wirtschaftswoche (2013): Unsere Banken im Stresstest, in Wirtschaftswoche 22.04.2013 Nr. 17, S. 8-9, Wirtschaftswoche/Handelsblatt GmbH: Düsseldorf.
- Zähres, M. (2012): Solvency II und Basel III – Wechselwirkungen beachten, in: Deutsche Bank (DB) Research, Aktuelle Themen 524, Deutsche Bank Research: Frankfurt am Main.

- ZEW (2012): Gründungsfinanzierung durch Banken: Der Einfluss von Ratings und Bankenkonsolidierung, in: ZEW Gründungsreport, Jahrgang 2012, Nr. 1, Mai 2012, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW): Mannheim.

Bisher in der IHK-Schriftenreihe erschienen

IHK-Schriftenreihe	Titel	erhältlich bei der IHK	Vergriffen – kann in der Uni-Bibliothek ausgeliehen werden
Nr. 1/1966	Die Zukunft der Rhön		x
Nr. 2/1966	Verkehrsdrehscheibe Mainfranken		x
Nr. 3/1967	Rechtsgrundlagen und Organisation		x
Nr. 4/1967	Die Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden, Städte und Landkreise des Regierungsbezirkes Unterfranken 1965 – 1990		x
Nr. 5/1968	Funktionsfähige Innenstädte		x
Nr. 6/1969	Die Landkreise Lohr und Marktheidenfeld Ein Beitrag zur regionalen Wirtschaftspolitik in Unterfranken		x
Nr. 7/1972	Haßberge – Steigerwald Sozioökonomische Entwicklungsprozesse in strukturschwachen Räumen		x
Nr. 8/1972	Berufs- und arbeitspädagogische Voraussetzungen für die betriebliche Ausbildung		x
Nr. 9/1977	Das Maintal: Entwicklungsachse und Lebensader einer Landschaft		x
Nr. 10/1979	Alfred Herold – Der Fremdenverkehr in Mainfranken Struktur, Möglichkeiten, Probleme	x	
Nr. 11/1984	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt		x
Nr. 12/1984	Das mainfränkische Autobahnnetz Entwicklung, Struktur und Funktion Ein kritischer Überblick aus geografischer Sicht von Alfred Herold	x	
Nr. 13/1990	Berlin-Leipzig-Würzburg-Stuttgart-Zürich Chancen einer dritten Nord-Süd-Magistrale von A. Herold, Würzburg	x	
Nr. 11/1992	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt		x
Nr. 14/1995	Bürokratieberuhigte Zone Mainfranken		x
Nr. 11/1995	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt		x
Nr. 11/1999	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt		x
Nr. 12/2003	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt		x
Nr. 11/2007	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt		x
Nr. 15/2008	Gründeratlas Mainfranken 2008	x	
Nr. 16/2008	Unternehmensrisiken erkennen und meistern Tipps zur Unternehmensentwicklung und Krisenprophylaxe	x	

IHK-Schriftenreihe	Titel	erhältlich bei der IHK	Vergriffen – kann in der Uni-Bibliothek ausgeliehen werden
Nr. 17/2008	Industriereport 2008 Zur Bedeutung der Industrie in Mainfranken		x
Nr. 18/2008	Entwicklungsperspektive für Mainfranken Handlungsempfehlungen aus Sicht der mainfränkischen Wirtschaft	x	
Nr. 19/2008	Realsteuerhebesätze 2008 Eine Untersuchung der IHK Würzburg-Schweinfurt	x	
Nr. 20/2008	Die Bau- und Immobilienwirtschaft in Mainfranken	x	
Nr. 19/2009	Die Entwicklung der Realsteuerhebesätze in Mainfranken 2009	x	
Nr. 21/2009	Gründeratlas Mainfranken 2009	x	
Nr. 22/2009	Die Mittelzentren des IHK-Bezirks Mainfranken	x	
Nr. 23/2009	Beteiligungskapital – Wege Chancen Perspektiven	x	
Nr. 24/2009	Verkehrsdrehscheibe Mainfranken 2009	x	
Nr. 15/2010	Gründeratlas Mainfranken 2010	x	
Nr. 19/2010	Die Entwicklung der Realsteuerhebesätze in Mainfranken 2010	x	
Nr. 25/2010	Besser finanziert – Förderleitfaden für den Mittelstand	x	
Nr. 26/2010	Verkehrsinfrastruktur, Verkehr und Logistik in Mainfranken	x	
Nr. 11/2011	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt	x	
Nr. 15/2011	Gründeratlas Mainfranken 2011	x	
Nr. 19/2011	Die Entwicklung der Realsteuerhebesätze in Mainfranken 2011	x	
Nr. 27/2011	Der demographische Wandel	x	
Nr. 28/2011	Die Geschäftsübergabe im Überblick	x	
Nr. 29/2011	Mainfränkische Unternehmen in einer globalisierten Wirtschaft	x	
Nr. 30/2011	Fachkräftesicherung – bilden, beschäftigen, integrieren	x	
Nr. 15/2012	Gründeratlas Mainfranken 2012	x	
Nr. 19/2012	Die Entwicklung der Realsteuerhebesätze in Mainfranken 2012	x	
Nr. 25/2012	Besser finanziert	x	
Nr. 31/2012	Ökologische Nachhaltigkeit in klein- und mittelständischen Betrieben	x	
Nr. 32/2012	Analyse der Gesundheitswirtschaft in Mainfranken 2012	x	
Nr. 33/2012	Endlich gründen!	x	
Nr. 15/2013	Gründeratlas Mainfranken 2013	x	

IHK-Schriftenreihe	Titel	erhältlich bei der IHK	Vergriffen – kann in der Uni-Bibliothek ausgeliehen werden
Nr. 34/2013	Auswirkungen der Finanzkrise auf die mainfränkischen Kommunalhaushalte	x	

Schriftenreihe des Zentrums für Regionalforschung (ZfR) an der Universität Würzburg in Kooperation mit der IHK Würzburg-Schweinfurt

ZfR- Schriftenreihe	Titel	erhältlich beim ZfR
Nr. 1/2009	Facetten und Perspektiven der Regionalforschung in Unterfranken	x
Nr. 2/2010	Die Vernetzung der Region Mainfranken mit den benachbarten Metropolregionen	x

IHK Würzburg-Schweinfurt

Postanschrift: Postfach 58 40 | 97064 Würzburg
Büroanschrift: Mainaustraße 33-35 | 97082 Würzburg
Tel. +49 931 4194-0 | Fax +49 931 4194-100

Geschäftsstelle Schweinfurt | Karl-Götz-Straße 7 | 97424 Schweinfurt
Tel. +49 9721 7848-0 | Fax +49 9721 7848-650

E-Mail: info@wuerzburg.ihk.de | Internet: www.wuerzburg.ihk.de

ISBN 978-3-943920-07-9